

2022

Geschäftsbericht

Sparda-Bank München eG



Wir unterstützen die Ziele
für nachhaltige Entwicklung
der Vereinten Nationen

Deutschlands erste
GEMEINWOHL-BANK

Sparda-Bank München eG

Sparda-Bank

Inhalt

3	Die Organe unserer Genossenschaft
5	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022
22	Bericht des Aufsichtsrats
26	1. Jahresbilanz zum 31.12.2022
30	2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022
32	3. Anhang
44	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
49	Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2022
51	Impressum

Hinweise:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text überwiegend die männliche Form verwendet – sowohl im Singular, als auch im Plural – und steht für alle Geschlechter (m/w/d). Eine Diskriminierung wegen des Geschlechts ist damit nicht verbunden.

Die Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der hier gemachten Angaben ist auf grobes Verschulden begrenzt.

Die Organe unserer Genossenschaft

Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung kann als „Parlament der Genossenschaft“ bezeichnet werden – sie ist das wichtigste Organ unserer Genossenschaft. In ihr werden die Rechte der Mitglieder über gewählte Vertreter*innen aus den Reihen der Mitglieder ausgeübt. Dabei hat jede Vertreterin und jeder Vertreter bei Wahlen und Beschlüssen nur eine Stimme, unabhängig von der Anzahl der gehaltenen Genossenschaftsanteile.

Die Wahl der Vertreter*innen findet alle fünf Jahre statt. Die Anzahl der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter ist in der Satzung geregelt. Für die Sparda-Bank München eG

wird für je angefangene 1.400 Mitglieder eine Vertreterin bzw. ein Vertreter gewählt. Die letzte Vertreterwahl fand 2021 statt. Aktuell besteht die Vertreterversammlung der Sparda-Bank München eG aus 227 Mitgliedern.

Die Vertreterversammlung vertritt die Interessen der Mitglieder und bestimmt in wesentlichen Angelegenheiten die Geschicke unserer Genossenschaft mit. Sie beschließt z. B. über Änderung der Satzung, wählt die Mitglieder des Aufsichtsrats und beschließt über die Verwendung des Jahresüberschusses sowie über die Dividende und entlastet Vorstand und Aufsichtsrat.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand und überwacht dessen Geschäftsführung. Er wird zu zwei Dritteln von der Vertreterversammlung gewählt. Ein Drittel wird

gemäß dem Drittelbeteiligungsgesetz aus der Belegschaft gestellt und von dieser gewählt.



Der Aufsichtsrat der Sparda-Bank München eG, von links: Berthold Ottmann (Vorsitzender), Kurt Dobrauer (stellv. Vorsitzender), Sabine Beier, Oliver Edelmann, Bettina Hinterseer, Brigitte Graf, Peter Nitschmann, Thorsten Weinert, Norbert Zänkert

Vorstand

Der Vorstand leitet die Geschäfte der Bank eigenverantwortlich unter Beachtung von Genossenschaftsgesetz und Satzung.

Der Vorstand der Sparda-Bank München eG, von links: Silke Schneider-Wild, Peter Berger, Helmut Lind (Vorsitzender), Petra Müller (stellv. Vorsitzende)



Fotos: Marion Vogel

Foto: iStock, Portra



Jahresabschluss 2022

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 der Sparda-Bank München eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank München eG wurde 1930 von 33 Eisenbahnern in der Rechtsform der Genossenschaft gegründet. Unser Geschäftsgebiet liegt im Wesentlichen in Oberbayern. Ziel des wirtschaftlichen Handelns unseres Unternehmens ist nicht die Gewinnmaximierung und das kurzfristige Erzielen von Höchstrenditen auf Kosten der Firmensubstanz, sondern auf Dauer die wirtschaftliche Förderung unserer Mitglieder (§ 1 Genossenschaftsgesetz) durch Maximierung des Kundennutzens. Als erste Bank in Deutschland engagieren wir uns für die Gemeinwohl-Ökonomie. Die Gemeinwohl-Bilanz misst unternehmerischen Erfolg an seinem Beitrag zum Wohl der Gesellschaft. Dazu zählen Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit sowie demokratische Mitbestimmung und Transparenz.

Als Genossenschaftsbank für private Kunden sind wir für unsere Kunden und Mitglieder eine Direktbank mit Filialen. An 33 Filialstandorten sind die Mitarbeitenden der Bank persönlich für die Kunden da. Darüber hinaus können die Kunden 23 SB-Center für die Bargeldversorgung nutzen. Zum Kerngeschäft der Bank gehören alle Finanzdienstleistungen rund um die Bedürfnisse privater Kunden. Hierzu zählen der Zahlungsverkehr und das Einlagengeschäft, das Vermittlungsgeschäft im Wertpapier-, Versicherungs- und Bausparbereich sowie schwerpunktmäßig die Finanzierung von privatem Wohneigentum.

Die Organe der Bank sind die Vertreterversammlung (227 Mitglieder), der Aufsichtsrat (neun Mitglieder, davon drei Arbeitnehmervertreter) und der Vorstand (vier Vorstandsmitglieder). Unsere Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und Finanzmärkte

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Schwächeres Wachstum und höhere Inflation

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands wurde 2022 spürbar durch die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine belastet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent. Damit expandierte die Wirtschaftsleistung deutlich schwächer als 2021 (+ 2,6 Prozent), trotz der auch 2022 noch andauernden Erholung vom Corona-Krisenjahr 2020. Die allgemeine Teuerung legte kriegsbedingt weiter zu. Nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes war die Inflationsrate mit 6,9 Prozent so hoch wie seit fast 50 Jahren nicht mehr. Vorherige amtliche Berechnungen hatten sogar eine noch höhere Inflationsrate von 7,9 Prozent ergeben, die dann aber im Zuge einer routinemäßigen Anpassung nach unten revidiert wurde. Maßgeblich für die Abwärtskorrektur waren veränderte Konsumgewohnheiten, die zu einer Verminderung des Energiegewichtsanteils führten.

Konjunktur trübte sich zunehmend ein

Zu Jahresbeginn war die Wirtschaftsleistung noch kräftig expandiert, befördert insbesondere durch die voranschreitende Erholung der kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche vom pandemiebedingten Einbruch 2020. Im weiteren Jahresverlauf verschlechterte sich die Konjunktur aber deutlich, was in einer Schrumpfung zum Jahresende mündete. Hauptgrund für die Verschlechterung waren die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen des Ende Februar einsetzenden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, wie nochmals steigende Energie- und Rohstoffpreise, länger bestehende Lieferkettenstörungen und enorme Unsicherheiten, nicht zuletzt über die Gasversorgung. Ende August stellte Russland seine Gaslieferungen nach Deutschland vollständig ein. Gedämpft wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zudem durch den bereits vor dem Kriegsausbruch verbreiteten Arbeitskräftemangel und die Spätfolgen der Coronapandemie, die sich unter anderem in zeitweisen Lockdowns in wichtigen Häfen und Metropolen Chinas und den streckenweisen hohen Krankenständen hierzulande zeigten.

Gebremster Anstieg der Konsumausgaben

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind, nach einem geringfügigen Zuwachs im Vorjahr (+ 0,4 Prozent), im Verlauf von 2022 zunächst kräftig gestiegen. Angesichts der Rückführung von Infektionsschutzmaßnahmen wurde vor allem in den Bereichen Gastgewerbe sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur mehr ausgegeben. Zum Jahresende bremste dann jedoch der Höhenflug der Verbraucherpreise die Kaufkraft der Haushaltseinkommen verstärkt aus. Auf Jahressicht konnten die privaten Konsumausgaben dennoch preisbereinigt um deutliche 4,3 Prozent zulegen und mit soliden 2,1 Prozentpunkten zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen. Die Konsumausgaben des Staates sind erneut gestiegen. Befördert wurden sie unter anderem durch das Nachholen verschobener medizinischer Behandlungen und die Mehrausgaben für aus der Ukraine geflüchtete Menschen. Der Zuwachs des Staatsverbrauchs fiel aber mit 1,2 Prozent schwächer aus als im Vorjahr (+ 3,8 Prozent), das stärker durch pandemiebedingte Sonderausgaben geprägt war.

Stagnierende Investitionen

Die Gemengelage aus enormen Preiserhöhungen, andauernden Personal- und Materialengpässen, eingetrübten Ertragsaussichten, weniger günstige Finanzierungsbedingungen sowie hohen Unsicherheiten belastete das Investitionsklima spürbar. In Fahrzeuge, Maschinen und andere Ausrüstungen wurde angesichts der voranschreitenden Digitalisierung und der zunehmenden Bestrebungen zur Erhöhung der Energieeffizienz zwar mehr investiert. Der preisbereinigte Zuwachs um 3,5 Prozent stieg jedoch gegenüber dem Vorjahr (+ 3,3 Prozent) nur geringfügig an. Die Bauinvestitionen gaben hingegen um 1,7 Prozent nach, da nahezu unveränderten öffentlichen Investitionen spürbare Rückgänge im Wohnungs- und Wirtschaftsbau gegenüberstanden. Insgesamt stagnierten die Bruttoanlageinvestitionen im Wesentlichen, nachdem sie im Vorjahr noch bedeutsam zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen hatten.

Geringeres Defizit der öffentlichen Hand

Die Lage der öffentlichen Finanzen blieb angespannt. Unter anderem wegen verschiedener Einmalzahlungen zur Abfederung der hohen Energiekosten übertrafen die Ausgaben erneut deutlich die Einnahmen, deren Anstieg auch durch den vorübergehend gewährten staatlichen Tankrabatt vermindert wurde. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit ist aber gegenüber dem Vorjahr auf erhöhtem Niveau zurückgegangen, von 134,3 auf rund 101,3 Mrd. Euro. Die Defizitquote, die den Finanzierungssaldo ins Verhältnis zum kräftig gestiegenen nominalen Bruttoinlandsprodukt setzt, sank von 3,7 Prozent auf 2,6 Prozent. Der Bruttoschuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt dürfte sich von 68,6 Prozent im Vorjahr auf rund 67 Prozent vermindert haben.

Stabiler Arbeitsmarkt

Auch am Arbeitsmarkt setzte sich die Erholung vom Krisenjahr 2020 fort. Die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen ging weiter zurück. Trotz eines zeitweisen Anstiegs, im Zuge der erstmaligen Erfassung ukrainischer Flüchtlinge, gab die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt um etwa 200.000 auf rund 2,4 Mio. nach. Vor diesem Hintergrund sank auch die Arbeitslosenquote nochmals, von 5,7 Prozent im Vorjahr auf 5,3 Prozent. Die Erwerbstätigenzahl erhöhte sich 2022 um knapp 600.000 auf rund 45,6 Mio. Menschen. Sie erreichte damit einen neuen Höchststand.

Höchste Inflationsrate seit 49 Jahren

Die Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, lag mit 6,9 Prozent im Jahresdurchschnitt 2022 erheblich über ihrem Vorjahreswert von 3,1 Prozent. Einen noch höheren Anstieg der Preise für die Lebenshaltung hatte es in der Bundesrepublik zuletzt 1973 mit 7,1 Prozent gegeben. Maßgeblich für die enorme Teuerung waren die Energie- und Nahrungsmittelpreise, die im Zuge des Ukrainekrieges sowie der andauernden Lieferengpässe um außerordentliche 29,7 Prozent und 13,4 Prozent stiegen. Die Verbraucherpreisdynamik war bereits im Januar mit einer Inflationsrate von 4,2 Prozent sehr kräftig. Sie beschleunigte sich angesichts extremer Import- und Erzeugerpreisanstiege weiter und führte im Oktober und November zu Jahreshöchstständen der Inflationsrate von jeweils 8,8 Prozent. Die Gesamtteuerung wäre allerdings noch höher ausgefallen, wenn der Staat nicht durch Entlastungsmaßnahmen gegengesteuert hätte. Zu nennen sind hier beispielsweise das 9-Euro-Ticket und der Tankrabatt, die in den Monaten Juni bis August wirkten, sowie die einmalige Übernahme der Gas- und Wärmerechnungen im Dezember.

Stagnation in der Industrie

Das Verarbeitende Gewerbe hatte 2022 mit kriegsbedingt beschleunigten Preissteigerungen, anhaltenden Liefer- und Personalengpässen, einer schwächeren Weltkonjunktur und politischer Unsicherheit zu kämpfen. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs stagnierte daher im Wesentlichen (+ 0,2 Prozent), nachdem sie 2021 im Zuge der Erholung vom Coronaeinbruch 2020 noch um kräftige 5,1 Prozent expandiert war. Innerhalb der Industrie zeigten sich aber teilweise recht unterschiedliche Tendenzen, was sich vielfach durch die verschiedenen Energieintensitäten der einzelnen Branchen erklären lässt. Die von den weiter anziehenden Energiepreisen besonders betroffenen Wirtschaftszweige verminderten ihre Produktion zumeist spürbar. Dies trifft etwa auf die Herstellung von chemischen Erzeugnissen (-11,7 Prozent), die Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus (-5,6 Prozent) sowie die Metallerzeugung und -bearbeitung (-4,6 Prozent) zu. In den beiden für die Gesamtentwicklung sehr wichtigen, aber weniger energieintensiven, Wirtschaftsabteilungen Maschinenbau

(+ 0,3 Prozent) und Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+ 3,3 Prozent) kam es hingegen zu Produktionszuwächsen. Insgesamt waren im Verarbeitenden Gewerbe im Jahresmittel knapp 7,5 Mio. Erwerbstätige beschäftigt, was gegenüber 2021 einem minimalen Plus von 0,3 Prozent entspricht.

Rückläufige Wertschöpfung im Baugewerbe

Im Berichtsjahr verdichteten sich die Hinweise dafür, dass der langjährige Bauboom ausläuft. Wichtige Indikatoren wie der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe und die Baugenehmigungen im Hochbau folgten im Jahresverlauf einem sichtlichen Abwärtstrend. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Baugewerbes sank um deutliche 2,9 Prozent und damit stärker als im Vorjahr (- 1,4 Prozent). Hauptgründe für den merklichen Wertschöpfungsrückgang dürften die andauernden Engpässe bei Materialien, Personal und Bauland gewesen sein, die zu neuerlichen kräftigen Baukostenanstiegen führten, sowie die generell verschlechterten Finanzierungsbedingungen im Zuge der Zinswende der Europäischen Zentralbank. Hiervon wurde das Bauhauptgewerbe offenbar etwas deutlicher belastet als das Ausbaugewerbe, das stärker mit weniger konjunkturtauglichen Arbeiten im Gebäudebestand betraut ist. Dies legen zumindest die amtlichen Daten zum baugewerblichen Umsatz nahe, die jedoch nicht preisbereinigt, sondern nur in jeweiligen Preisen vorliegen. Demnach erhöhte sich der Umsatz in den ersten drei Quartalen gegenüber dem Vorjahreszeitraum im Ausbaugewerbe um 12,5 Prozent, während er im Bauhauptgewerbe um 11,0 Prozent stieg. Die Erwerbstätigenzahl legte im gesamten Baugewerbe auf Jahresbasis nur noch leicht um 0,5 Prozent auf gut 2,6 Mio. Menschen zu.

Schwächere Handwerkskonjunktur

Auch im Handwerk hat sich die Konjunktur abgeschwächt. Der vom Zentralverband des Deutschen Handwerks berechnete Geschäftsklimaindikator ist im dritten Quartal auf 97 Punkte gesunken, den niedrigsten Stand seit 2005. Zwar lagen die Umsätze der amtlichen Handwerksberichterstattung, die ebenfalls nur in jeweiligen Preisen verfügbar sind, deutlich im Plus. Über alle Gewerbezweige hinweg nahmen sie in den ersten drei Quartalen 2022 um kräftige 10,3 Prozent zu. Das Wachstum war jedoch vor allem durch höhere Preise getrieben. Die Ertragslage vieler Betriebe dürfte sich wegen der teilweise drastisch gestiegenen Energie- und Materialkosten, die nur bedingt an die Kunden weitergereicht werden konnten, deutlich verschlechtert haben. Das Umsatzplus fiel bei den Handwerken für den privaten Bedarf (+ 16,8 Prozent) am stärksten aus, was im Einklang zu den kräftig gestiegenen privaten Konsumausgaben steht. Überdurchschnittliche Zuwachsraten konnten auch die Bau- und Ausbaugewerke (+ 13,4 Prozent und + 11,4 Prozent), die Lebensmittelhandwerke (+ 11,5 Prozent) sowie die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (+ 11,4 Prozent) erwirtschaften. Im

deutlich geringeren Umfang nahm der Umsatz in den Kraftfahrzeug- (+ 5,1 Prozent) und den Gesundheitshandwerken (+ 4,1 Prozent) zu, offenbar wegen der anhaltenden Engpässe bei Fahrzeugen und Ersatzteilen beziehungsweise wegen der durch staatliche Regulierungen eingeschränkten Überwälzbarkeit der höheren Kosten.

Geringerer Einzelhandelsumsatz

Angesichts des starken Anstiegs der Verbraucherpreise und der fortbestehenden Lieferkettenprobleme konnte der Einzelhandel 2022 nicht an das Wachstum der Vorjahre anknüpfen. Der preisbereinigte Einzelhandelsumsatz verminderte sich um 0,6 Prozent, nachdem er 2021 noch um 0,8 Prozent zugelegt hatte. Anders als in den Jahren 2020 und 2021, die stärker von der Coronapandemie und den dadurch erheblich veränderten Konsummustern geprägt waren, nahm der Absatz im Versand- und Interneteinzelhandel nicht weiter zu, sondern ging um deutliche 8,5 Prozent zurück. Der Einzelhandel in Verkaufsräumen konnte hingegen von dem Auslaufen der Infektionsschutzmaßnahmen profitieren und seinen Umsatz um 1,3 Prozent steigern. Im Zuge des Auslaufens der Beschränkungen, wie dem Wegfall der allgemeinen Maskenpflicht in Innenräumen, nahmen die Verbraucher verstärkt wieder gastronomische Angebote in Anspruch, sodass der Umsatz im Lebensmitteleinzelhandel um 4,6 Prozent sank. Der Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln konnte seinen Absatz hingegen um 2,0 Prozent erhöhen, befördert unter anderem durch Nachholeffekte im Handel mit Textilien, Bekleidung, Schuhe und Lederwaren (+ 27,0 Prozent) sowie im sonstigen Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (+ 12,9 Prozent), zu dem beispielsweise Waren- und Kaufhäuser gezählt werden.

Dienstleistungssektor als zentraler Wachstumsmotor

Der Dienstleistungssektor war 2022 der wichtigste Motor des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Dessen preisbereinigte Bruttowertschöpfung legte um 2,9 Prozent zu und damit stärker als im Vorjahr (+ 2,4 Prozent). Innerhalb des Sektors wiesen die Bereiche sonstige Dienstleister (+ 6,1 Prozent) und Handel, Verkehr, Gastgewerbe (+ 4,0 Prozent) die stärksten Zuwächse auf, gestützt durch die weitgehende Rückführung von Infektionsschutzmaßnahmen. Zum Bereich der sonstigen Dienstleister werden beispielsweise Theater- und Konzertveranstalter sowie Vergnügungs- und Themenparks gezählt, die ihre Aktivitäten während der Hochphase der Pandemie erheblich einschränken mussten. Kräftig fiel das Wachstum auch bei den Informations- und Kommunikationsdienstleistern (+ 3,5 Prozent) aus, deren Geschäfte unter anderem durch neue Lösungen für die Überwachung und Optimierung von Lieferketten angeregt wurden. Demgegenüber etwas schwächer verlief die Wertschöpfungsentwicklung in den Bereichen Unternehmensdienstleister (+ 2,7 Prozent), Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+ 2,4 Prozent), Finanz- und Versicherungsdienstleister (+ 2,2 Prozent) sowie Grundstücks- und Wohnungs-

wesen (+ 1,1 Prozent). Die Erwerbstätigenzahl erhöhte sich im Dienstleistungsbereich insgesamt um deutliche 1,6 Prozent auf gut 34,3 Mio. Menschen.

Entwicklung an den Finanzmärkten

Krieg in Europa, Inflation, Zinserhöhungen – der Dreiklang an den Finanzmärkten

Das Jahr 2022 wurde auch an den Finanzmärkten vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geprägt, der am 24. Februar 2022 begann. Der Krieg führte zu steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, die sich wiederum global in den höchsten Verbraucherpreisinflationsraten seit mehreren Jahrzehnten niederschlugen. Dabei traf die kriegsbedingte Energie- und Nahrungsmittelinflation auf eine bereits hohe Kerninflation, die den Preisauftrieb ohne diese beiden Faktoren misst. Diese hatte in den USA im Dezember 2021 bereits bei annualisiert 5,5 Prozent gelegen, im Euroraum bei 2,6 Prozent. 2022 stiegen beide Kernraten weiter und erreichten 5,7 beziehungsweise 5,2 Prozent. Verantwortlich hierfür waren anfangs vor allem Angebotsengpässe infolge aufgehobener Coronabeschränkungen weltweit – mit Ausnahme Chinas – und fortbestehende Lieferkettenprobleme infolge eben dieser Beschränkungen. Im Jahresverlauf kamen Zweit-rundeneffekte hinzu, als von höheren Kosten betroffene Unternehmen ihre Preise erhöhten.

Weltweit reagierten Notenbanken auf die hohe Inflation mit Zinserhöhungen, also einer restriktiveren Geldpolitik. Während Schwellenländer ihre Leitzinsen teils schon 2021 erhöht hatten – wie etwa Brasilien, das seinen Leitzins bereits 2021 von 2 Prozent auf 9,25 Prozent erhöhte –, folgten die Industriestaaten erst 2022. Die US-Notenbank Fed erhöhte ihren Leitzins erstmals im März 2022. Die Europäische Zentralbank (EZB) begann im Juli 2022. Zuvor hatten beide Notenbanken eine stark expansive Geldpolitik mit sehr niedrigen Zinssätzen betrieben. Die Federal Funds Rate lag bei 0 bis 0,25 Prozent, die Hauptrefinanzierungsrate der EZB ebenfalls bei 0 Prozent. Zum Jahresende 2022 lag der Leitzins der EZB bei 2,5 Prozent, der der Fed bei 4,25 bis 4,5 Prozent.

USA: Fed vollzieht strammen Kurswechsel

Die US-Notenbank Fed straffte ihren geldpolitischen Kurs 2022 also deutlich und erhöhte den Leitzins um 425 Basispunkte. Parallel begann sie den Abbau ihrer Bestände an Staats- und anderen staatsähnlichen Anleihen, die sie während der Niedrigzinsphase und der Coronapandemie erworben hatte. Ab Juli verringerte die Notenbank ihre Staatsanleihebestände um monatlich 30 Mrd. Dollar, indem sie fällig werdende Anleihen nicht reinvestierte. Ab September wurden monatlich 60 Mrd. Dollar nicht mehr reinvestiert.

Die Fed begegnete mit diesem straffen Kurs auch der Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale, also wechselseitigen Erhöhungen von Löhnen und Preisen. Die Arbeitslosigkeit in den USA hatte 2022 durchgängig zwischen 3,5 und

3,8 Prozent gelegen, nahe der Vollbeschäftigung. Entsprechend gut konnten die Arbeitnehmer verhandeln: Das mittlere wöchentliche Gehalt stieg um 7,3 Prozent und damit stärker als die Verbraucherpreisinflation von 6,5 Prozent. Diese lag damit zugleich über dreimal so hoch wie das Inflationsziel der Notenbank von 2 Prozent. Auch zum Ende des Jahres blieb der Inflationsdruck hoch. Die US-Notenbank signalisierte zum Jahresende eine, wenngleich langsamere, Fortsetzung ihres Kurses steigender Leitzinsen.

Europa: EZB hadert mit Inflationsgefahren

Zum Jahresbeginn ging die EZB trotz hoher und steigender Inflationsraten noch von einem temporären Inflationsschub aus. In mehreren Schritten beendete sie zuerst ihre Anleihekaufprogramme, die eingeführt worden waren, um die bestehende stark expansive Geldpolitik noch zu verstärken. Im Februar endeten die Zukäufe des pandemiebedingten Anleihekaufprogramms (PEPP) und im Juli die des schon 2014 gestarteten Anleihekaufprogramms APP. Die Leitzinsen blieben daher zunächst noch extrem niedrig. Parallel stieg die Verbraucherpreisinflation im Euroraum im ersten Halbjahr von 5 auf 8,6 Prozent. Beginnend mit dem 27. Juli erhöhte die EZB dann auch ihren Leitzins erstmals seit dem Jahr 2011. In fünf Monaten stieg er um 250 Basispunkte auf 2,5 Prozent. Zum Jahresende kündigten EZB-Präsidiumsmitglieder weitere Zinsschritte für das Jahr 2023 an, um die Inflation auf den Zielwert von 2 Prozent zurückzuführen.

Parallel zu den Zinserhöhungen änderte die Notenbank nachträglich die Bedingungen der zuvor an Banken ausgereichten Gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (englisch TLTRO). Mit diesen hatte sie unter anderem während der Coronapandemie Kreditinstituten günstige Finanzierungsbedingungen angeboten, mit dem Ziel einer Stabilisierung beziehungsweise Erhöhung der Kreditvergabe. Die Änderungen erhöhten den auf diese Geschäfte von den Kreditinstituten zu zahlenden Zins. Die EZB begründete ihre Entscheidung mit dem geänderten Leitzinsumfeld, aber auch mit dem Ziel einer Dämpfung der Kreditvergabe angesichts der hohen Inflation. Zusätzlich bot die EZB zum Jahresende 2022 vorzeitige Rückzahlungen der TLTRO-Kredite an, um deren Volumen zu verringern. Bis Jahresende wurden so 35,2 Prozent der Bestände abgebaut.

Auf ihrer letzten Sitzung im Jahr 2022, am 15. Dezember, entschied die EZB zudem, die vollständige Reinvestition ihrer Bestände an Staatsanleihen zu beenden. Ab März 2023 sollen auf diesem Weg Bestände in Höhe von durchschnittlich 15 Mrd. Euro monatlich abgebaut werden. Diese Entscheidung gilt für das Kaufprogramm APP mit einem Volumen von insgesamt 3.258 Mrd. Euro, nicht aber für das Pandemie-Notfallprogramm PEPP. Dessen Anleihen in Höhe von insgesamt 1.684 Mrd. Euro sollen bis mindestens Ende 2024 vollständig reinvestiert werden.

Anleiherenditen im Aufwärtsgang

Das vergangene Jahr war auch für die internationalen Anleihemärkte außergewöhnlich. Sorgte Russlands Angriff auf die Ukraine unmittelbar noch für einen Rückgang der Anleiherenditen und damit eine Kurserholung, stiegen die Renditen im weiteren Jahresverlauf deutlich. Die zunehmend straffen Zinsschritte weltweit wichtiger Notenbanken, insbesondere aber in den Industrieländern, bewirkten einen deutlichen Kursverfall. Entsprechend deutlich stiegen die Renditen.

Die Renditen begannen ihren Anstieg im März 2022, als die US-Notenbank Fed ihren Kurs änderte und ihre Leitzinsen erstmalig erhöhte. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe war am 4. März 2022 zum letzten Mal negativ, bei - 0,10 Prozent. Bis zum 20. Juni erhöhte sie sich aufgrund steigender Inflations- und Zinserwartungen auf 1,75 Prozent; die Anstiege anderer Staatsanleihen verliefen ähnlich. Im Sommer beruhigten sich die Renditen zwischenzeitlich und fielen, erneut am Beispiel der zehnjährigen deutschen Anleihe, auf 0,76 Prozent am 1. August zurück. Die Anleger reagierten in dieser Zeit auf die stark negativen Konjunkturprognosen des Sommers, die etwa für Europa eine Gasmangellage mit Energierationierung prognostizierten. Zugleich herrschte auch hinsichtlich der Zins- und Inflationspfade noch größere Unsicherheit, die auch die Marktbewertung von Anleihen erschwerte.

Ab Mitte August setzte dann jedoch ein erneuter Aufwärtstrend ein, der von den nun parallelen Zinserhöhungen der großen westlichen Notenbanken geprägt war. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe stieg auf 2,56 Prozent zum Jahresende. Damit lag die Rendite 274 Basispunkte höher als zu Jahresanfang. Die Rendite der zehnjährigen US-Bundesanleihe stieg 2022 von 1,50 Prozent auf 3,83 Prozent, also um 233 Basispunkte. Neben den Renditen stieg auch die Volatilität an den Anleihemärkten, die insbesondere in der zweiten Jahreshälfte sehr stark auf makroökonomische Daten und die Ankündigungen sowie Kommunikation der Notenbanken Fed und EZB reagierte.

Euro fällt zeitweise unter Parität, kann sich aber stabilisieren

Die europäische Gemeinschaftswährung schwächte sich im Jahresverlauf – ausgehend von einem Kurs zum Jahresauftakt von 1,14 Dollar – gegenüber dem Dollar deutlich ab. Insbesondere in den ersten drei Quartalen 2022 wirkten sich die schnelleren Zinserhöhungen der Fed und die erwarteten schweren konjunkturellen Folgen der Energiekrise für Europa durch Russlands Angriffskrieg negativ auf den Wechselkurs des Euro aus. Auch der Status des Dollar als sichere, globale Reservewährung ließ die Gemeinschaftswährung wie viele andere Devisen an Gegenwert verlieren. Im August unterschritt der Euro erstmals seit 2002 die Parität zum US-Dollar. Am 27. September 2022 erreichte er mit einem Wert von 0,96 Dollar sein Minimum. Im 4. Quartal konnte sich der Euro dann jedoch wieder etwas erholen. In diesem Zeitraum nahmen die Schätzungen für die weiteren Zinsschritte der Fed leicht

ab, während die für den Euroraum stiegen. Damit verringerte sich der erwartete, zu Ungunsten des Euroraums ausfallende Zinsabstand der großen Währungsräume. Weiterhin profitierte der Euro von rückläufigen Rohstoff- und Energiepreisen sowie einem ungewöhnlich milden Winter, der die Wahrscheinlichkeit einer Gasmangellage deutlich verringerte. Die Gemeinschaftswährung beendete das Jahr 2022 mit einem Gegenwert von 1,07 Dollar, immer noch ein Rückgang von 6,1 Prozent zum Vorjahresendwert.

DAX schließt mit moderaten Verlusten

An den Aktienmärkten begann der DAX das Jahr mit leichten Verlusten, die sich nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine schnell ausweiteten. Nach noch 15.884,86 Punkten zum Jahresauftakt fiel der Deutsche Leitindex bis zum 8. März auf einen zwischenzeitlichen Tiefstand von 12.831,51 Punkten. Zwar konnten die starken Verluste wieder ausgeglichen werden, die Abwärtsbewegung hielt aber an. Am 29. September erreichte der DAX seinen Jahrestiefstand mit 11.975,55 Punkten, ein Rückgang um 24,6 Prozent zum Stand vom Jahresanfang. Dahinter standen die mit dem Krieg verbundenen Preisanstiege bei Rohstoffen und insbesondere Energie, also Erdöl und -gas. Für Erdgas konnte zudem eine Knappheit mit entsprechenden Rationierungen nicht ausgeschlossen werden. Zudem verteuerte die zunehmend weniger expansive Geldpolitik die Refinanzierung der Unternehmen und senkte die Wachstumserwartungen für das laufende und die kommenden Jahre.

Der ungewöhnlich warme Winter des 4. Quartals 2022 entschärfte diese Negativszenarien der Konjunktur und Energieversorgung. Da der Energieverbrauch aufgrund des milden Wetters sank und die chinesische Wirtschaft bis spät im Jahr in Corona-Lockdowns verharrte und entsprechend weniger Energie nachfragte, fielen auch die Notierungen der Energiepreise. Damit verbesserten sich die Erwartungen für die europäische Wirtschaft, während auf hohem Niveau rückläufige Inflationsraten in den USA die Erwartung an weitere Leitzinserhöhungen dämpften und damit die Konjunkturerwartungen verbesserten. Zuletzt wandte sich die Volksrepublik China im Dezember 2022 von ihrer Null-Covid-Politik ab, wodurch sich eine wirtschaftliche Öffnung des Landes und damit wieder mehr Absatzchancen für westliche und deutsche Unternehmen im Jahr 2023 abzeichneten. Der DAX konnte sich daher zum Jahresende auf 13.923,59 Punkte erholen, ein Anstieg um 16,3 Prozent zum Tiefststand in September.

Auf das Gesamtjahr gerechnet verlor der DAX allerdings 12,3 Prozent und zeichnete sich wie die globalen Aktien- und Anleihemärkte durch deutlich gestiegene Volatilität aus. Im internationalen Vergleich entwickelte sich der Deutsche Leitindex damit schlechter als der europäische Index Euro Stoxx 50, der 11,7 Prozent verlor, oder der traditionelle US-Index Dow Jones mit -8,8 Prozent. Der technologieelastige Nasdaq verlor hingegen mit 33,1 Prozent deutlich stärker an Wert.

II.2 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank München eG

Während die Geschäftsentwicklung in den Vorjahren vorrangig von dem anhaltenden Niedrigzinsniveau und der Coronapandemie beeinflusst wurde, war das Jahr 2022 von einem wirtschaftlichen Umfeld mit zahlreichen Unwägbarkeiten und einem hohen Maß an Volatilität geprägt. So hatten insbesondere die Zinswende und die hohen Inflationsraten Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der Sparda-Bank München eG.

Vor dem Hintergrund der Zinswende konnte insbesondere durch die vorzeitige Veräußerung einer Swaption sowie aufgrund von Sonderfaktoren im Vorjahr der Zinsüberschuss deutlich gesteigert werden. Auch das Provisionsergebnis wurde gegenüber dem Vorjahr kräftig ausgebaut. Bei leicht gestiegenen Verwaltungsaufwendungen und einem deutlich rückläufigen Bewertungsergebnis konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von 2,6 Millionen Euro erreicht werden.

Im Einzelnen stellt sich der Geschäftsverlauf wie folgt dar:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Bilanzsumme	9.436.164	9.029.505	+	406.659	4,5
Außerbilanzielle Geschäfte	291.661	480.020	-	188.359	39,2

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 407 Millionen Euro (+ 4,5 Prozent) auf 9.436 Millionen Euro. Wie bereits in den Vorjahren gehört es zu unseren geschäftspolitischen Zielsetzungen, Kundenbeziehungen aufzubauen und zu vertiefen. Während im ersten Halbjahr 2022 ein kontinuierlicher Rückgang der Kundeneinlagen aufgrund der Einführung des Verwahrentgelts zu verzeichnen war, kam es im zweiten Halbjahr in Folge der Zinswende und den damit einhergehenden Zinsen auf Termin- und Tagesgelder zu einem Zuwachs an Kundeneinlagen. Die Kundenforderungen konnten nur leicht gesteigert werden.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und aus anderen Verbindlichkeiten zusammensetzen, sind gegenüber dem Vorjahr um 39,2 Prozent gesunken.

Aktivgeschäft

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Kunden- forderungen	5.405.794	5.377.792	+	28.002	0,5
Wertpapiere	413.671	382.689	+	30.982	8,1
Forderungen an Kreditinstitute	3.322.588	2.255.007	+	1.067.581	47,3

In 2022 konnten die Kundenforderungen um netto 28 Millionen Euro (+ 0,5 Prozent) ausgeweitet werden. Die Prognosen wurden hierbei aufgrund des Nachfragerückgangs im Baufinanzierungsbereich deutlich unterschritten. Der Schwerpunkt liegt weiterhin in den Baufinanzierungen, bei welchen eine Steigerung von 0,6 Prozent erreicht werden konnte. Dies konnten wir trotz des herausfordernden Marktumfelds insbesondere durch unser umfassendes Beratungsangebot und ein gutes Marktumfeld in unserem Geschäftsgebiet erreichen. Das Vermittlungsgeschäft konnte hierbei mit einem Abschlussvolumen an Baufinanzierungen in Höhe von 205,4 Millionen Euro wesentlich zu dieser Steigerung beitragen. Das Volumen der Realkredite konnte um 23 Millionen Euro auf nunmehr 4.338 Millionen Euro erhöht werden. Dies entspricht einer Steigerung von 0,5 Prozent. Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.068 Millionen Euro. Ursächlich hierfür waren neben dem Anstieg der Kundeneinlagen die Reduktion des Kassenbestandes und der Guthaben bei Zentralnotenbanken zu Gunsten der Liquiditätshaltung bei unserer genossenschaftlichen Zentralbank. Die Steigerung der Wertpapieranlagen spiegelt den Ausbau unserer Asset-Allokation wider. Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve (363 Millionen EUR) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, während bei den Wertpapieren im Anlagevermögen (51 Millionen EUR) im Gegensatz zum Vorjahr das gemilderte Niederstwertprinzip zur Anwendung kam.

Passivgeschäft

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	280.805	202.801	+	78.004	38,5
Spareinlagen von Kunden	1.484.958	1.745.810	-	260.852	14,9
andere Einlagen von Kunden	6.900.345	6.413.096	+	487.249	7,6

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 78 Millionen Euro und spiegeln einerseits die Berücksichtigung von Förderdarlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen unserer Baufinanzierungen, andererseits die Aufnahme gering verzinslicher Termingelder institutioneller Kunden sowie die entgegen genommenen Sicherheiten im Kontext getätigter Derivategeschäfte mit unserer Zentralbank. Die Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden war im ersten Halbjahr insbesondere durch einen Rückgang der Einlagen aufgrund der flächendeckenden Berechnung von Verwahrentgelten seit Januar 2022 geprägt. Mit der Anhebung des Satzes der Einlagefazilität auf 0,0 Prozent im Juli 2022 und damit einhergehend der Aussetzung der Berechnung von Verwahrentgelten

sowie des Angebots von Termingeldern und der Habenverzinsung von Tagesgeldern kam es im Jahresvergleich insgesamt zu einem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 226 Millionen Euro (2,8 Prozent), was die erwartete Entwicklung geringfügig übertraf. Infolgedessen kam es zudem zu Umschichtungen zu Lasten der Spareinlagen von Kunden und zu Gunsten der verzinslichen anderen Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist. In diesen ist zudem die Aufnahme negativ bzw. gering verzinslicher Termingelder von Großkunden in Höhe von 139 Millionen Euro enthalten. Vor diesem Hintergrund hat sich der Bestand anderer Einlagen in Höhe von 6.413 Millionen Euro um 487 Millionen Euro (+ 7,6 Prozent) erhöht, während sich der Anteil an Spareinlagen in Höhe von 1.746 Millionen Euro um 261 Millionen Euro (- 14,9 Prozent) vermindert hat. Unter Berücksichtigung der Entwicklung am Geld- und Kapitalmarkt war die Entwicklung der Kundeneinlagen weiterhin von der Nachfrage unserer Kunden nach kurzfristigen Anlagen geprägt. Unter diesen konnten jedoch Umschichtungseffekte zu Gunsten der verzinslichen Tagesgeldeinlagen verzeichnet werden.

Dienstleistungsgeschäft

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	11.095	10.582	+	513	4,8
andere Vermittlungserträge	3.377	2.152	+	1.225	56,9
Erträge aus Zahlungsverkehr	26.290	21.419	+	4.871	22,7

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr konnten mit 26,3 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr weiterhin ausgebaut werden (+ 22,7 Prozent). Der Anstieg im Vergleich zum Jahr 2021 resultiert im Wesentlichen aus der Anpassung der Bepreisung der Girokontomodelle zum 01.10.2021, welche erstmals für ein gesamtes Wirtschaftsjahr vereinnahmt werden konnten.

Die Erhöhung der Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften um 0,5 Millionen Euro (+ 4,8 Prozent) resultiert aus der weiterhin bestehenden Nachfrage im Fondsgeschäft. Im Vergleich zum Vorjahr waren die Steigerungsraten aufgrund des gesamtwirtschaftlichen Umfelds jedoch deutlich geringer. Gemessen an den Kurswerten der Fondseinlagen kam es zu einem Rückgang in Höhe von 142,6 Millionen Euro (- 9,0 Prozent).

Die anderen Vermittlungserträge in Höhe von 3,4 Millionen Euro sind gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Millionen Euro gestiegen (+ 56,9 Prozent). Ursächlich hierfür war insbesondere die Vermittlung von Krediten an die Team-Bank AG sowie die Vermittlung von Bausparverträgen an die Bausparkasse Schwäbisch Hall.

Beteiligungen

Aus geschäftspolitischen Gründen investiert die Sparda-Bank München eG neben den Anlagen in Wertpapieren in Beteiligungen.

Insbesondere den Tochtergesellschaften NaturTalent Stiftung gemeinnützige GmbH und NaturTalent Beratung GmbH kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie Ausdruck und Teil der Vision und Mission der Sparda-Bank München eG sind.

Der Überzeugung, dass jeder Mensch ein NaturTalent hat, folgend, vertreten wir diese nach außen durch die NaturTalent Stiftung gemeinnützige GmbH und die NaturTalent Beratung GmbH. Mittels der 100-prozentigen Tochtergesellschaft NaturTalent Stiftung gemeinnützige GmbH bieten wir Schülerinnen und Schülern mittels unserer Talenteschmiede-Seminare eine besondere Art der stärkenbasierten Berufsorientierung. Mit der NaturTalent Stiftung verfolgen wir keine Gewinnerzielungsabsicht – dies kommt bereits durch die Wahl der Gesellschaftsform zum Ausdruck. Die Umsetzung und Realisierung der Talenteschmiede-Seminare erfolgt insbesondere über Spenden des Gewinn-Sparvereins der Sparda-Bank München e.V., welche vollständig den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern zugutekommen. Die NaturTalent Beratung GmbH ist neben der NaturTalent Stiftung gemeinnützige GmbH eine weitere 100-prozentige Tochtergesellschaft der Sparda-Bank München eG, welche Organisationen bei der Implementierung einer stärkenorientierten Kultur begleitet und unterstützt.

Der konsequenten Ausrichtung als erste Gemeinwohl-Bank Deutschlands folgend, hat die Sparda-Bank München eG zur Umsetzung ihrer strategischen Ziele im Jahr 2020 die LENA Nachhaltigkeits GmbH gegründet. Die Vision der Gesellschaft war es, ein Ökosystem im Bereich Nachhaltigkeit aufzubauen. Unter anderem aufgrund der hohen Inflation kam es auch im Nachhaltigkeitssektor zu Kaufkraftverlusten und einer deutlichen Konsumzurückhaltung, sodass die gesteckten Ziele hinsichtlich Reichweite und Umsatz der LENA Nachhaltigkeits GmbH nicht erzielt werden konnten und in der Folge die Gesellschaft zum 30.04.2023 aufgelöst wird.

Daneben dienen die Funktionsbeteiligungen der Spezialisierung und Bündelung betrieblicher Aufgaben. Hierunter verstehen wir insbesondere Beteiligungen an Servicegesellschaften (bspw. IT-Dienstleister) mit der Zielsetzung, Produktionsprozesse bspw. innerhalb der Genossenschaftlichen FinanzGruppe oder gemeinsam mit anderen Sparda-Banken effizient und effektiv zu gestalten. Resultierend hieraus ist die Sparda-Bank München eG auch an dem IT-Provider Sopra Financial Technology GmbH beteiligt, mit welchem im Rahmen eines Joint Venture mit der Sopra Steria Gruppe die Transformation des IT-Providers vorgesehen war. Im ersten Quartal 2023 haben sich die am Joint Venture beteiligten Sparda-Banken und die Sopra Steria Gruppe darauf geeinigt, das gemeinsame IT-Transformationsprojekt nicht weiter zu verfolgen und die Zusammenarbeit bis zum

Jahr 2026 zu beenden. Ursächlich hierfür sind neben der erheblich veränderten Rahmenbedingungen die unterschiedlichen Vorstellungen der Beteiligten in Bezug auf die Ausrichtung der Banking-Plattform, den Zeitrahmen für das Projekt und die erforderlichen Investitionen. Es wurde die Entscheidung getroffen sowie die notwendigen Vereinbarungen geschlossen, um zum genossenschaftlichen IT-Dienstleister Atruvia AG zu wechseln.

Investitionen

Das Jahr 2022 war im Bereich der Investitionen insbesondere von erforderlichen Brandschutzarbeiten sowie notwendiger Arbeiten an der IT-Infrastruktur geprägt. Die Kosten für Brandschutzarbeiten beliefen sich auf 0,3 Millionen Euro. Für die IT-Infrastruktur wurden 0,7 Millionen Euro investiert. Zudem erfolgte der weitere Umbau der Geschäftsstelle Pasing. Die Kosten für Baumaßnahmen in der Geschäftsstelle Pasing beliefen sich im Geschäftsjahr 2022 auf 0,3 Millionen Euro.

Personal- und Sozialbereich

Über die Entwicklung der personellen Besetzung geben folgende Zahlen Aufschluss:

	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung
Beschäftigte insgesamt	763	764	-	1
davon Teilzeitbeschäftigte	335	337	-	2
davon Auszubildende	25	25	+	0

Im Jahr 2022 war der Personalbestand nahezu konstant. Im Vergleich zum Vorjahresresultimo wurde ein Arbeitnehmer weniger beschäftigt. Für unsere Ausbildungsstellen konnten wir eine erneut hohe Bewerberzahl verzeichnen. Unsere Personalstrategie ist unter anderem darauf ausgerichtet, das Potenzial und die Stärken unserer Fach- und Führungskräfte zu erkennen und weiterzuentwickeln, digitale Kompetenzen zu vermitteln, neues Lernen zu ermöglichen und die Mitarbeitenden in Veränderungsprozessen zu begleiten. Wir erachten unsere stärkenorientierte und von Achtsamkeit geprägte Unternehmenskultur als das entscheidende Differenzierungsmerkmal im Bankenmarkt. Die Folge sind weitere Investitionen in die Entwicklung und Förderung der Arbeitnehmer. Im Kern zielen alle Maßnahmen darauf ab, dass jeder Mitarbeitende für die aktuellen Herausforderungen im Rahmen seiner Stelle gut gerüstet ist und dabei sein volles Potenzial zur Entfaltung bringen kann.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Teil unserer Unternehmenskultur ist ein faires und nachhaltiges Wirtschaften heute und in der Zukunft.

Die Unternehmenskultur der Achtsamkeit in unserer Bank basiert auf gelingenden Beziehungen und unserem Stärkenmanagement, verbunden mit Respekt und Wertschätzung für die Unterschiedlichkeit aller Menschen zum Wohle aller Mitarbeitenden, Mitglieder und

Kund*innen der Bank.

Der achtsame Umgang mit der Umwelt und ein damit einhergehendes Bewusstsein bei der Nutzung von Ressourcen sind in unserer Geschäftsstrategie verankert. Dazu erstellen wir regelmäßig eine CO₂-Bilanz.

Für das Berichtsjahr 2022 hat die Sparda-Bank München zu allen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren als berichtspflichtiges Unternehmen gemäß des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes eine Entsprechenserklärung auf Basis des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) erstellt.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die Feststellung des Jahresabschlusses 2021 erfolgte aufgrund der besonderen Situation gemäß § 3 Absatz 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie durch den Aufsichtsrat der Sparda-Bank München eG.

II.3 Lage der Sparda-Bank München eG

II.3.1 Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Zinsüberschuss ¹	100.631	86.172	+	14.459	16,8
Laufende Erträge	30.283	14.077	+	16.206	115,1
Provisionsüberschuss ²	34.186	25.334	+	8.852	34,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³	2.925	-3.196	+	6.121	191,5
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	45.070	46.929	-	1.859	4,0
b) andere Verwaltungsaufwendungen	59.204	59.387	-	183	0,3
Bewertungsergebnis ⁴	-73.891	-3.503	-	70.388	2.009,4
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-12.349	10.413	-	22.762	218,6
Außerordentliches Ergebnis	-	-2.320	+	2.320	100,0
Steueraufwand	-14.949	5.019	-	19.968	397,8
Jahresüberschuss	2.600	3.074	-	474	15,4

¹ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2

² GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

³ GuV-Posten 8 abzüglich GuV-Posten 12

⁴ GuV-Posten 13 – 16

Der Zinsüberschuss in Höhe von 100,6 Millionen Euro war gegenüber dem Vorjahr um 14,5 Millionen Euro erwartungsgemäß ansteigend. Anders als aufgrund des in der Prognose angenommenen weiterhin anhaltenden Niedrigzinsniveaus und der damit einhergehenden Berechnung von Verwahrentgelten ist der Grund hierfür die im Jahr 2022 eingetretene Zinswende, die vorzeitige Veräußerung einer Swaption sowie Sonderfaktoren im Vorjahr durch die erforderliche Rückstellungsbildung im Zusammenhang mit der Allgemeinverfügung bezüglich Zinsanpassungsklauseln bei Prämiensparverträgen vom 21.06.2021. So konnten aufgrund der Anhebung der Leitzinsen insbesondere die Zinserträge aus Forderungen gegenüber Kreditinstituten um 18,6 Millionen Euro (darunter 7,4 Millionen Euro aus der vorzeitigen Auflösung einer Swaption) ausgebaut werden. Demgegenüber waren die Zinserträge im Darlehensbereich durch den deutlichen Nachfragerückgang im Baufinanzierungsbereich um 7,8 Millionen Euro rückläufig. Die Zinserträge aus Kontokorrentkrediten (+ 0,3 Millionen Euro) waren ebenso wie die Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren (+ 0,5 Millionen Euro) dagegen ansteigend. Neben dem Anstieg der Zinserträge wirkte sich der Rückgang der Zinsaufwendungen positiv auf das Zinsergebnis aus. Infolge des Zinsanstiegs waren die Zinsaufwendungen aus Sichteinlagen aufgrund der Guthabenverzinsung der Tagesgeldeinlagen seit September 2022 einerseits um 2,0 Millionen Euro ansteigend, andererseits entstanden durch das Angebot von Termingeldeinlagen und Nachrangiger Einlagen um 0,9 Millionen höhere Zinsaufwendungen. Durch den umfangreichen Abschluss von Zinssicherungsgeschäften sowie aufgrund des Zinsanstiegs sind die Zinsaufwendungen aus Geschäften mit Kreditinstituten um 3,5 Millionen Euro höher ausgefallen. Demgegenüber konnte durch die Berechnung von Verwahrentgelten sowie die Aufnahme negativ verzinslicher Termineinlagen eine Entlastung der Zinsaufwendungen um 2,5 Millionen Euro verzeichnet werden. Durch den Rückgang der Sparplanvolumina ergab sich zudem ein Rückgang der Zinsaufwendungen um 1,2 Millionen Euro. Der Rückgang der Zinsaufwendungen ist zudem auf den Rückgang des periodenfremden Zinsaufwands um 6,0 Millionen Euro zurückzuführen, welcher in Sondereffekten des Jahres 2021 (Rückstellungsbildung im Zusammenhang mit der Allgemeinverfügung bezüglich Zinsanpassungsklauseln bei Prämiensparverträgen) begründet ist.

Die laufenden Erträge waren im Vergleich zum Vorjahr um 16,2 Millionen Euro ansteigend. Die positive Entwicklung resultiert aus dem Anstieg der Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen um 21,0 Millionen Euro auf 29,0 Millionen Euro. Demgegenüber waren die Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren um 4,5 Millionen Euro rückläufig.

Der Provisionsüberschuss ist im Vergleich zum Vorjahr um 8,9 Millionen Euro (+ 34,9 Prozent) erwartungsgemäß gestiegen. Maßgeblich hierfür waren die Kontoführungsgebühren (+ 4,9 Millionen Euro), welche im Oktober 2021 an die aktuellen Marktgegebenheiten angeglichen wurden, sodass die Berechnung der angepassten Gebühren erstmals für ein vollständiges Wirtschaftsjahr erfolgte. Die Provisionserträge konnten zudem durch den weiteren Ausbau des Wertpapiervermittlungsgeschäfts (+ 0,5 Millionen Euro) und durch die Vermittlung von Persönlichen Krediten an die TeamBank AG (+ 0,6 Millionen Euro), die Vermittlung von Baufinanzierungen über die Plattform BAUFINEX (+ 0,1 Millionen Euro) sowie den Ausbau der Vermittlungen an die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG (+ 0,3 Millionen Euro) gestärkt werden. Demgegenüber entstanden im gleichen Zeitraum um 1,7 Millionen Euro geringere Provisionsaufwendungen, welche im Wesentlichen auf das rückläufige Vermittlungsvolumen im Zusammenhang mit dem Nachfragerückgang nach Immobiliendarlehen zurückzuführen sind.

Der Anstieg des sonstigen betrieblichen Ergebnisses um 6,1 Millionen Euro ist u. a. auf geringere Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen (+ 2,3 Millionen Euro) zurückzuführen. Daneben kam es im Jahr 2021 zu erhöhten Aufwendungen im Zusammenhang mit dem BGH-Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus vom 27.04.2021 (+ 1,6 Millionen Euro). Unter anderem resultierend hieraus konnten im Jahr 2022 erhöhte Auflösungen von Rückstellungen (+ 3,1 Millionen Euro), die sich positiv auf das sonstige betriebliche Ergebnis auswirkten, verzeichnet werden. Demgegenüber standen Aufwendungen für die Abschreibung an einem nachrangig gewährten Darlehen an ein Beteiligungsunternehmen (- 1,5 Millionen Euro).

Der im Gegensatz zur Prognose um 1,9 Millionen Euro (- 4,0 Prozent) rückläufige Personalaufwand ist einerseits auf die unterjährige tarifvertragliche Anpassung (+ 0,9 Millionen Euro), andererseits auf die geringeren Sonderzahlungen infolge des Verzichts der Zahlung variabler Vergütungen (- 2,5 Millionen Euro) sowie der jeweils damit einhergehenden sozialversicherungsrechtlicher Aufwendungen (- 0,2 Millionen Euro) zurückzuführen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (- 0,2 Millionen Euro). Veränderungen innerhalb der anderen Verwaltungsaufwendungen ergaben sich insbesondere durch höhere IT-Kosten (+ 1,0 Millionen), die im Zusammenhang mit einem geänderten Ausweis der im Kontext der IT-Transformation entstandenen Aufwendungen (im Vorjahr Ausweis im Außerordentlichen Ergebnis) entstanden sowie höheren Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung (+ 0,6 Millionen Euro). Reduktionen

ergaben sich demgegenüber aufgrund geringerer Marketingaufwendungen (- 1,2 Millionen Euro), die auf Sondereffekte des Jahres 2021 (notwendige Kundenkommunikation im Zusammenhang mit dem BGH-Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus vom 27.04.2021) zurückzuführen sind, sowie durch geringere Instandhaltungsaufwendungen (- 0,4 Millionen Euro). Insgesamt war die Entwicklung unter Berücksichtigung des geänderten Ausweises der Kosten der IT-Transformation im Vergleich zur Prognose erwartungsgemäß.

Das Bewertungsergebnis setzt sich im Wesentlichen neben Abschreibungen und Erträgen aus dem Kreditgeschäft aus Abschreibungen und Erträgen aus dem Wertpapiergeschäft sowie Auswirkungen aus der verlustfreien Bewertung des Zinsbuchs zusammen und war im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 70,4 Millionen Euro rückläufig. Insgesamt war das Kreditgeschäft im Geschäftsjahr erwartungsgemäß wiederum von einem niedrigen Wertberichtigungsbedarf geprägt. Im Vergleich zum Jahr 2021 war das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft um 0,3 Millionen Euro geringfügig besser als im Vorjahr. Alle Kredite sind unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und mit der gebotenen Vorsicht bewertet. Ergänzend erfolgte auf die ab dem Jahr 2022 geltende geänderte Methodik zur handelsrechtlichen Bildung von Pauschalwertberichtigungen (IDW RS BFA 7) eine gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Millionen Euro höhere Zuführung zu den Pauschalwertberichtigungen. Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip und die Wertpapiere des Anlagebestands nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Dies führte zu Abschreibungen in Höhe von 7,3 Millionen Euro (Vorjahr 1,1 Millionen Euro). Durch den vorzeitigen Verkauf eines Schuldscheindarlehens im Anlagevermögen war das Ergebnis zudem mit 7,9 Millionen Euro belastet. Im Bereich der Beteiligungen waren Wertberichtigungen in Höhe von 8,2 Millionen Euro (Vorjahr: Zuschreibung in Höhe von 0,8 Millionen Euro) erforderlich. Diese betrafen insbesondere die Beteiligung an der LENA Nachhaltigkeits GmbH (5 Millionen Euro) und die Beteiligung an der Sopra Financial Technology GmbH (2,4 Millionen Euro). Im Zusammenhang mit der verlustfreien Bewertung des Zinsbuchs (IDW RS BFA 3) war infolge des schnellen Zinsanstiegs im Jahr 2022 zudem die Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe von 67,4 Millionen Euro erforderlich, welche sich negativ auf das Bewertungsergebnis auswirkte. Demgegenüber hatte die Auflösung von Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 20,0 Millionen Euro positive Auswirkungen.

Aufwendungen, welche im Zusammenhang mit der IT-Transformation zur Vorbereitung einer Systemintegration im Jahr 2021 in Höhe von 2,3 Millionen Euro entstanden, wurden als außerordentliche Aufwendungen ausgewiesen. Im Jahr 2022 erfolgte aufgrund des geplanten

Wechsels zum genossenschaftlichen IT-Dienstleister Atruvia AG der Ausweis unter den anderen Verwaltungsaufwendungen.

Besonderheiten im Steueraufwand ergaben sich durch die erstmalige ertragswirksame Aktivierung des latenten Steuerüberhangs (21,1 Millionen Euro) aufgrund der Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB.

Die Aufwands-/Ertragsrelation (Cost Income Ratio - CIR) hat sich unter Berücksichtigung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses von 88,9 Prozent auf 63,4 Prozent verbessert. Grund hierfür sind das gestiegene Zins- und Provisionsergebnis, welchen geringere Verwaltungsaufwendungen gegenüberstanden.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr 2022 erwartungsgemäß jederzeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) jederzeit zu erfüllen und bieten ausreichend Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts im Rahmen der strategischen Planung. Den Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr stets nachgekommen werden. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wiesen im Berichtszeitraum einen Wert von mindestens 190 Prozent aus. Zum Bilanzstichtag lag die Stresskennzahl bei 198 Prozent. Bei Bedarf stehen zudem ausreichend Refinanzierungsmöglichkeiten des genossenschaftlichen Verbundes sowie der EZB zur Verfügung.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Gezeichnetes Kapital	220.401	209.649	+	10.752	5,1
Rücklagen	273.317	272.196	+	1.121	0,4

Die Bank verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung, die den aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügt. Durch Gewinnthesaurierung und Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder konnte das Eigenkapital weiter gestärkt werden. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 85.000 TEUR (Vorjahr 85.000 TEUR). Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme beträgt 6,65 Prozent (Vorjahr 6,52 Prozent).

Die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,03 Prozent (Vorjahr: 0,03 Prozent).

Die Kernkapitalquote beläuft sich nach Rücklagendotierung auf 17,2 Prozent (Vorjahr: 16,0 Prozent) und die Gesamtkapitalquote auf 18,9 Prozent (Vorjahr: 17,5 Prozent). Die aufsichtsrechtlich geforderte Kernkapital- und Gesamtkapitalquote wurden im Geschäftsjahr wie erwartet jederzeit eingehalten. Die Eigenkapitalausstattung erlaubt weiteres Geschäftswachstum im Rahmen der strategischen Planung in den nächsten Jahren.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 57,3 Prozent (Vorjahr: 59,6 Prozent).

Sämtliche akuten Risiken sind durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt, für mögliche verbleibende latente Risiken besteht eine ausreichende Risikovorsorge. Vom Gesamtbestand der Kundenforderungen entfallen 80,3 Prozent (Vorjahr: 80,2 Prozent) auf Realkredite, die aufgrund der dinglichen Sicherung mit einer geringeren Ausfallwahrscheinlichkeit behaftet sind. Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	Prozent
Anlagevermögen	50.825	1.384	+	49.441	3.572,3
Liquiditätsreserve	362.845	381.306	-	18.461	4,8

Bei der Bewertung des Wertpapierbestandes wurden die Marktkurse zum Jahresende zugrunde gelegt. Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, während die Bewertung der Wertpapiere im Anlagevermögen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip erfolgte. Darüber hinaus bestehen keine Kursreserven zum Bilanzstichtag.

Insgesamt ergab sich ein Anstieg der Wertpapieranlagen aufgrund des Ausbaus unseres Spezialfonds aufgrund der planmäßigen Investitionen gemäß unserer strategischen Asset-Allokation. Investitionen im Spezialfonds limitieren wir zur Erreichung einer entsprechenden Diversifikation zur Risikoreduzierung. Der sich dennoch ergebende Rückgang der Liquiditätsreserve und der Anstieg des Anlagevermögens resultieren aus der Umgliederung einer Anleihe der Zentralbank infolge der vorliegenden Dauerhalteabsicht und -fähigkeit.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) setzen wir Zinsderivate in einem Umfang von 2.507,0 Millionen Euro zur Absicherung gegen ungünstige Zinsveränderungen ein. Diese Geschäfte wurden vorrangig mit unserer Zentralbank getätigt. Diese Geschäfte wurden zur Absicherung eigener Geschäftspositionen als Cash Flow Hedges und zur Absicherung bestimmter Wertpapiere als Micro Hedges sowie im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Das Jahr 2022 war von dem wirtschaftlichen Umfeld mit zahlreichen Unwägbarkeiten und einem hohen Maß an Volatilität geprägt. Insbesondere die eingetretene Zinswende hatte signifikante Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der Sparda-Bank München eG.

Während im ersten Halbjahr 2022 eine Ausweitung des Kreditgeschäfts eintrat, kam es im zweiten Halbjahr zu einem deutlichen Nachfragerückgang nach Immobilienfinanzierungen. Demgegenüber kam es im zweiten Halbjahr 2022 zu einem Anstieg der Kundeneinlagen. Insbesondere die Entwicklung der Kundenforderungen als auch die der Kundeneinlagen führten zu einem Anstieg der Forderungen an Kreditinstituten, was sich aufgrund der Anhebung der Leitzinsen positiv auf das Jahresergebnis auswirkte.

Insgesamt ergab sich aufgrund einzelner Sondereffekte wiederum ein sehr geringes Jahresergebnis, das hinter den Erwartungen zurückblieb. Signifikanten Einfluss hatte die erforderliche Bildung der Drohverlustrückstellung aus der verlustfreien Bewertung des Zinsbuchs. Dieser Effekt wird sich über die durchschnittliche Duration der Geschäfte (4,2 Jahre) unter Berücksichtigung von Restlaufzeitverkürzungseffekten wieder umkehren.

Unsere Bank verfügt über eine angemessene, solide Finanz- und Vermögenslage. Die Anforderungen an das Eigenkapital und an die Liquidität wurden jederzeit eingehalten. Wie schon in den Vorjahren konnten die thesaurierten Gewinne zur Stärkung des Eigenkapitals beitragen.

III. Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand hat im Jahr 2022 gemäß § 9 Abs. 3 GenG für die Besetzung der ersten Führungspositionen unterhalb des Vorstands (Direktoren, Regionalleitung, Abteilungsleitung und Geschäftsstellenleitung) eine Zielgröße von 33,0 Prozent festgelegt. Die festgelegte Zielgröße ist maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2027 (Bezugszeitraum). Die bislang festgelegte Zielquote (Bezugszeitraum bis einschließlich 30. Juni 2022) betrug 22 Prozent. Mit der aktuellen Quote (29,9 Prozent) wurde die festgelegte Zielgröße für die Führungsebenen geringfügig unterschritten. Bei vakanten Positionen wird geprüft, ob diese mit qualifizierten Frauen besetzt werden können.

Der Aufsichtsrat hat sich ebenfalls mit den gesetzlichen Anforderungen an die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen beschäftigt. Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2022 gemäß § 9 Abs. 4 GenG für die Besetzung des Vorstands mit Frauen eine Zielgröße von 25,0 Prozent festgelegt. Für die Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen sieht das Gremium eine Zielgröße gemäß § 9 Abs. 4 GenG von 33,3 Prozent vor. Die festgelegten Zielgrößen sind jeweils maßgeblich für den Zeitraum bis einschließlich 30. Juni 2027 (Bezugszeitraum). Die bislang festgelegten Zielquoten (Bezugszeitraum bis einschließlich 30. Juni 2022) betragen für die Besetzung des Vorstands 20,0 Prozent und für die Besetzung des Aufsichtsrats 33,3 Prozent. Mit den aktuellen Quoten wurden die festgelegten Zielgrößen für Vorstand und Aufsichtsrat jeweils erfüllt bzw. überschritten.

IV. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

IV.1 Risikomanagementsystem

Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte kommt dem Management und der Früherkennung von Risiken eine besondere Bedeutung zu. Mittels des Risikomanagementsystems sollen Risiken transparent und steuerbar gemacht werden. Risiken sind zu limitieren, um die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage nicht zu gefährden. Dennoch müssen Risiken eingegangen werden, um die in der Geschäftsstrategie festgelegten Ziele zu erreichen.

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen sowie den Risikoappetit der Bank. Die Risikoinventur bildet hierbei den zentralen Baustein im Rahmen der Gesamtbank- und Risikosteuerung. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken unter Berücksichtigung eventueller Intrarisiko-, Interrisiko- und Ertragskonzentrationen. Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und richten entsprechende Risikosteuerungs- und -controllingprozesse ein. Zur Steuerung unserer Risiken finden Limitsysteme Anwendung. Bei der Festlegung unserer Limite orientieren wir uns an unserem Risikoappetit sowie am Risikogehalt der getätigten Geschäfte und implementierten Prozesse.

Dabei dient der interne Prozess zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit (ICAAP) dem Fortbestand unseres Hauses auf Basis der eigenen Substanz- und Ertragskraft. In unserem Risikotragfähigkeitskonzept vereinen wir hierbei die ökonomische (barwertige) und normative Perspektive. In der ökonomischen Perspektive – der Risikotragfähigkeitsrechnung – quantifizieren wir alle wesentlichen Risiken und stellen diese dem vorhandenen Risikodeckungspotenzial gegenüber. In der normativen Perspektive – der Kapitalplanung – stellen wir ausgehend von der geplanten Entwicklung gemäß der strategischen Planung unsere Kapitalausstattung dem Kapitalbedarf der folgenden Jahre gegenüber. Wir beurteilen hier über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren, ob alle regulatorischen und aufsichtlichen (Struktur-) Anforderungen erfüllt werden können.

Ergänzend zum Risikotragfähigkeitskonzept simulieren wir Stresstests als Bestandteil des ICAAP in beiden Perspektiven. Des Weiteren bilden wir die Wechselwirkungen zwischen den beiden Perspektiven sowie die Einbindung in die Steuerung (Planung, Vorsteuerung und Soll-Ist-Vergleich) ab. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls die Bedeutung der Risikoinventur deutlich, welche ein Bindeglied zwischen unserer Strategie und unseren Risikosteuerungs- und -controllingprozessen darstellt. Mit diesen Instrumenten lassen sich die Risiken in unserem Hause frühzeitig erkennen, messen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikosteuerung ableiten.

Das im Rahmen unserer barwertigen Risikotragfähigkeitsberechnung ermittelte, zur Abdeckung von wesentlichen Risiken verfügbare, maximale Risikodeckungspotenzial zum Bilanzstichtag betrug 561,2 Millionen Euro. Hiervon wurden – nach Abzug eines Managementpuffers – 533,2 Millionen Euro für die Limitierung wesentlicher Risiken zur Verfügung gestellt. Die per Jahresultimo gewährten Limite für wesentliche Risiken betragen 504,0 Millionen Euro. Auf unsere wesentlichen Risikoarten, welche den Risikoklassen Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken, Operationelle Risiken und Sonstige Risiken zuzurechnen sind, entfallen insgesamt 390,2 Millionen Euro. Das Limit war somit zu 77,4 Prozent

ausgelastet. Im Berichtsjahr wurden die bestehenden Gesamtlimite stets eingehalten.

Neben dem eingerichteten Management-Informationssystem, welches alle wesentlichen Informationen bündelt, um dem Vorstand jederzeit unter Berücksichtigung der aktuellen Marktentwicklungen ein aktuelles Bild der Risiko- und Ertragssituation zu vermitteln, werden Vorstand und Aufsichtsrat im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. mittels Ad-hoc-Berichterstattungen umfassend informiert. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die institutseigene Interne Revision geprüft.

IV.2 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken umfassen die Gefahr der Abweichung des Werts einer zins-, aktien-, währungs-, edelmetall- und/oder rohstoffpreisrisikotragenden Position von ihrem Erwartungs- bzw. Planwert aufgrund der Schwankung der entsprechenden Marktparameter.

Bedingt durch die Geschäftsstruktur ist das Zinsänderungsrisiko wesentlicher Bestandteil des Marktpreisrisikos für die Sparda-Bank München eG und ergibt sich insbesondere aus Inkongruenzen bezüglich der Zinsbindung bzw. aufgrund unterschiedlicher Zinselastizitäten bei Aktiv- und Passivpositionen. Das Zinsänderungsrisiko messen wir monatlich, welches im definierten Limitsystem dem entsprechenden Teillimit gegenübergestellt wird. Die Bank setzt bei ihrer Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankenebene verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv-/Passiv-Steuerung setzen wir zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos Zinsswaps, Caps, Swaptions und Floors ein. Zinsänderungsrisiken für die Bank entstehen insbesondere bei einem rapiden Anstieg der Zinsstrukturkurve. Daneben bestehen Marktpreisrisiken aus Aktien, während Währungsrisiken für die Sparda-Bank München eG eine untergeordnete Rolle spielen.

IV.3 Kreditrisiken

Kreditrisiken bezeichnen die Gefahr einer möglichen negativen Abweichung vom Erwartungs- bzw. Planwert einer Position, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall und/oder durch eine Spreadveränderung einer Adresse verursacht werden. Wir differenzieren hier zwischen Kreditrisiken im Kundengeschäft und Kreditrisiken aus dem Eigenhandel.

Der Schwerpunkt unseres Kreditgeschäftes liegt

satzungsbedingt im Privatkundengeschäft, sodass Kreditrisiken im Kundengeschäft aus diesem Geschäftsfeld resultieren. Dabei sind große Teile des Kundenkreditvolumens grundpfandrechtlich gesichert und breit gestreut. Beim überwiegenden Anteil der beliebigen Objekte handelt es sich um eigengenutzte Wohnimmobilien, sodass größere nachteilige Auswirkungen auf die Risikolage unserer Bank weitestgehend ausgeschlossen werden können. Die Früherkennung von Kreditrisiken ist zudem ein wesentlicher und integraler Bestandteil des Kreditgeschäfts und des Kreditrisikomanagements. Die Ziele sind eine rechtzeitige Risikoantizipation und die Möglichkeit, geeignete Maßnahmen gegen drohende Verluste einzuleiten. Für das Privatkundengeschäft werden quantitative und qualitative Prozesse zur Früherkennung von Kreditrisiken genutzt. Kreditrisiken aus dem Kundengeschäft messen wir monatlich und stellen diese dem entsprechenden Teillimit gegenüber.

Kreditrisiken im Eigenhandel messen und überwachen wir losgelöst von den Kreditrisiken im Kundengeschäft. Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, eigene Analysen von Berichten und Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück. Kreditrisiken im Eigenhandel begegnen wir zudem dadurch, dass wir überwiegend Eigenanlagen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe halten und in der Direktanlage keine Wertpapiere von Emittenten bzw. aus Emissionen erwerben, deren Rating von einer anerkannten Ratingagentur mit schlechter als „Investment Grade“ beurteilt wurde. Das Ausfallrisiko begrenzen wir zudem durch ein System interner Strukturlimite, die eine hinreichende Streuung unserer Eigenanlagen gewährleisten.

IV.4 Liquiditätsrisiken

Unter den Liquiditätsrisiken wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparda-Bank München eG ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann bzw. höhere Kosten für die Liquidität aufwenden muss.

Das Liquiditätsrisiko steuern wir durch die Strukturierung der Aktiva und Passiva sowie durch eine, gemessen an den aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen, ausreichende Liquiditätsvorsorge, so dass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken ergeben. Die Sparda-Bank München eG ist in den Liquiditätsverbund der Genossenschaftlichen FinanzGruppe eingebunden, so dass die Liquiditätsversorgung gewährleistet ist. Auch im Rahmen der marktweiten Stress- und Krisensituationen war die Sicherstellung der Liquidität über die Genossenschaftliche FinanzGruppe sowie durch Refinanzierungen bei der EZB in der Vergangenheit jederzeit möglich.

IV.5 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind definiert als Gefahr von Verlusten (im Sinne einer negativen Abweichung von Erwartungs- bzw. Planwert), die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Das wichtigste Ziel des Operationellen Risikomanagements ist es, über eine systematische Risikoidentifikation, Steuerung und Bewertung zu einer Minderung und Vermeidung von Schäden zu kommen. Dabei soll ein kontinuierlicher Prozess in Gang gesetzt werden, der zu höherer Effizienz und Planbarkeit führt und schnell auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren kann. Wesentliche identifizierte operationelle Schäden werden zudem in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht.

Den Operationellen Risiken begegnen wir hierbei mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Organisationsanweisungen und der Arbeitsabläufe, interne Kontrollverfahren, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, ein Rechtsmonitoring, laufende Investitionen in neue und aktualisierte Datenverarbeitungssysteme über den von uns beauftragten IT-Provider, Backup-Einrichtungen, Verwendung rechtlich geprüfter Formulare und Verträge, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision und Begrenzung durch Versicherungen (z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken).

IV.6 Sonstige Risiken

Neben den vier bereits aufsichtsrechtlich als wesentlich eingestuften Risikoarten können weitere Risikoarten wesentlich sein, welche wir unter den Sonstigen Risiken subsumieren. Gemäß der Risikoinventur des Jahres 2022 erachten wir das Beteiligungsrisiko und das Immobilienrisiko als wesentlich.

Das Beteiligungsrisiko beinhaltet die Gefahr einer negativen Abweichung vom erwarteten Wert bzw. Planwert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung setzt sich zusammen aus den Wertänderungen einer Beteiligung an sich, der negativen Abweichung zum erwarteten Ertrag (Ausschüttung) sowie dem Risiko eines Nachschusses.

Das Immobilienrisiko resultiert aus dem Bestand an eigenen Immobilien sowie aus Investitionen in Immobilien (auch in Form von Fonds). Risiken in Form von negativen Abweichungen vom Marktwert resultieren sowohl aus Preisentwicklungen der Immobilien, welche schlechter

sind als erwartet, als auch aus Mietausfällen.

Weitere wesentliche sonstige Risiken bestehen für uns derzeit nicht.

IV.7 Gesamtbild der Risikolage

Die dargestellten Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung unsere künftige Entwicklung nicht wesentlich beeinträchtigen. Zur Steuerung und Überwachung von Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage haben können, verfügen wir aus unserer Sicht über wirksame Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Dies gilt auch unter der Berücksichtigung der Ergebnisse aus Stresstests, die wir entsprechend den Anforderungen der MaRisk für die einzelnen Risikoarten, aber auch risikoartenübergreifend durchführen.

Zusammenfassend ist die Risikolage nach dem Planungsstand zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses als günstig einzustufen. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

V. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Der Lagebericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen sowie Erwartungen und Prognosen. Diese basieren auf den uns zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vorliegenden Informationen, die wir nach sorgfältiger Prüfung als zuverlässig erachtet haben. Eine Verpflichtung zur Aktualisierung aufgrund neuer Informationen und künftiger Ereignisse nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen wir nicht. Aus diesen zukunftsgerichteten Aussagen, Erwartungen und Prognosen haben wir unsere Einschätzungen und Schlussfolgerungen abgeleitet. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass alle unsere auf die Zukunft bezogenen Aussagen mit bekannten oder unbekanntem Risiken und Unwägbarkeiten verbunden sind und auf Schlussfolgerungen basieren, die künftige Ereignisse betreffen. Diese hängen von Risiken, Ungewissheiten und anderen Faktoren ab, die außerhalb unseres Einflussbereichs liegen. Derartige Entwicklungen können sich unter anderem aus der Veränderung der allgemeinen

wirtschaftlichen Lage, der Wettbewerbssituation, der Entwicklung an den Kapitalmärkten, Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie aus anderen Risiken ergeben. Damit können tatsächlich in der Zukunft eintretende Ereignisse gegebenenfalls erheblich von unseren in die Zukunft gerichteten Aussagen, Erwartungen, Prognosen und Schlussfolgerungen abweichen. Für deren Richtigkeit und Vollständigkeit beziehungsweise für das tatsächliche Eintreten der gemachten Angaben können wir daher keine Haftung übernehmen.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes wird nach den Einschätzungen der Bundesregierung bei ca. 0,2 Prozent liegen. Es bestehen aufgrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und dessen wirtschaftliche Folgen, die schwache Entwicklung der Weltwirtschaft, die anhaltend hohen Energie- und Verbraucherpreise sowie die Sicherstellung der zukünftigen Gasversorgung weiterhin hohe Unsicherheiten für die deutsche Wirtschaft. Als Konsequenz hoher Energie- und Nahrungsmittelpreise wird auch im Jahr 2023 mit einer zunächst hohen und im Jahresverlauf mit einer deutlich rückläufigen Inflation gerechnet.⁵

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der bayerischen Kreditgenossenschaften werden nach unseren Einschätzungen auch im kommenden Geschäftsjahr von den Auswirkungen der im Jahr 2022 eingetretenen Zinswende, dem verstärkten Wettbewerb, einer verhaltenen Nachfrage nach Immobilien, sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen, steigendem Margendruck, den wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Trend der Digitalisierung geprägt sein.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf

In Erwartung der weiterhin bestehenden gesamtwirtschaftlichen Unsicherheiten sowie bedingt durch die sich mittelfristig erholende Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen gehen wir für das nächste Geschäftsjahr von einem um ca. 2,0 Prozent netto steigenden Kundenkreditgeschäft aus. Beim Einlagengeschäft erwarten wir infolge des deutlichen Zinsanstiegs eine Steigerung in Höhe von ca. 5,4 Prozent netto.

Im Jahr 2020 haben wir im Eigenanlagenbereich unsere Ziel-Allokation im Rahmen eines Asset Allokations-Prozesses definiert. Auf Basis dessen werden wir – ausgehend von dem erwarteten Einlagenüberhang – im Jahr 2023 die Positionen in risikoarmen, zinstragenden Anlagen sowie nicht zinstragenden Anlagen weiter ausbauen. Im Dienstleistungsgeschäft erwarten wir punktuell steigende Absatzzahlen, die sich positiv auf das Provisionsergebnis auswirken werden.

Voraussichtliche Lage

Aufgrund der im Jahr 2022 eingetretenen Zinswende rechnen wir (ohne Berücksichtigung der im Jahr 2022

eingetretenen Sondereffekte) im Jahr 2023 mit einem deutlich steigenden Zinsergebnis. Ein weiterer Zinsanstieg würde sich in den nächsten Jahren positiv auf unsere Ertragslage auswirken, während sich bei einem rückläufigen Zinsniveau eine Belastung des Zinsertrags ergäbe.

Zudem erwarten wir einen leichten Ausbau des Provisionsergebnisses. Insbesondere sollen die erwarteten steigenden Absätze bei der Vermittlung von Krediten zu höheren Provisionseinnahmen führen.

Im betrachteten Geschäftsjahr wird im Vergleich zum Jahr 2022 mit erheblich steigenden Personalaufwendungen gerechnet, welche insbesondere auf die tarifliche Erhöhung sowie dem Verzicht auf die Zahlung variabler Vergütungsbestandteile im Jahr 2022 und die Besetzung der derzeit offenen Stellen zurückzuführen sind.

Bei den Verwaltungsaufwendungen rechnen wir infolge der Inflation mit deutlich höheren Aufwendungen. Durch den weiteren Ausbau eines konsequenten Sachkostenmanagements wollen wir in den kommenden Jahren diesen Entwicklungen der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen begegnen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der weiteren konjunkturellen Entwicklung auch erheblich durch die regionale Wirtschaftsentwicklung beeinflusst. Wir gehen bei der Einzelrisikovorsorge für das Kreditgeschäft von einem anhaltend niedrigen, wenn auch leicht steigendem, Niveau aus. Zudem erwarten wir im Bewertungsergebnis deutliche Auswirkungen aus Auflösung der im Jahr 2022 gebildeten Drohverlustrückstellung gemäß IDW RS BFA 3.

Zudem rechnen wir in den folgenden Geschäftsjahren aufgrund des Wechsels zum genossenschaftlichen IT-Dienstleister Atruvia AG mit signifikanten negativen Auswirkungen auf die Jahresergebnisse.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist aufgrund einer planvollen Liquiditätsvorsorge und ausreichend zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten bei der genossenschaftlichen Zentralbank, der DZ BANK AG, sowie der Deutschen Bundesbank auch im nächsten Geschäftsjahr nicht zu rechnen.

Eigenkapitalausstattung ist die Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und eine erfolgreiche Geschäftsausweitung. Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unserer Eigenmittel. Wir gehen davon aus, dass die aufsichtsrechtlich geforderte Kernkapital- und Gesamtkapitalquote unter Berücksichtigung von Kapitalpuffern eingehalten werden und somit die Voraussetzung für weiteres Kreditwachstum auch über das Jahr 2023 hinaus gegeben ist.

Gesamtaussage

Insgesamt erwarten wir – infolge der im Jahr 2022 eingetretenen Zinswende – eine zufriedenstellende Entwicklung des Geschäftsverlaufs und der Lage unseres Instituts, in welcher die jederzeitige Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität

⁵ Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2023, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Seite 18.

gewährleistet werden.

Wir erwarten für das betrachtete Geschäftsjahr ein deutlich steigendes Ergebnis, da das abgelaufene Geschäftsjahr von Sondereffekten stark negativ beeinflusst war.

Risiken

Wesentliche Risiken bei der Ertragslage bestehen im kommenden Jahr bei einer unerwarteten Entwicklung der Zinsstrukturkurve, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses führen könnte. Daneben könnten sich der Ukraine-Krieg und die damit einhergehenden Auswirkungen, als auch die stark gestiegene Inflation sowie die drohende Rezession auf die Weltmärkte weiterhin negativ auswirken und weitere Auswirkungen auf das Bewertungsergebnis haben. Weitere signifikante Verschärfungen in der Bankenregulierung oder beim Verbraucherschutz können zudem kurzfristig zu deutlichen Mehraufwendungen führen.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den voraussichtlichen Geschäftsverlauf bestehen im nächsten Geschäftsjahr durch die weitere Differenzierung von den klassischen Universalbanken durch unsere konsequente gemeinwohlorientierte Geschäftsausrichtung sowie die Weiterentwicklung der Zielausrichtung der Bank in neue digitale Märkte mit dem Fokus auf die wirtschaftlich starke Region in Oberbayern. Durch eine ausgeprägte Kundenfokussierung ist es unser Ziel, den Kundenservice durch digitale Innovationen und Qualifikation der Mitarbeiter weiter zu verbessern und so unsere Wettbewerbssituation nachhaltig zu stärken sowie die Kundenzufriedenheit auch weiterhin sicherzustellen.

München, 31.03.2023
Sparda-Bank München eG

Der Vorstand



Helmut Lind
Vorsitzender



Petra Müller
stellv. Vorsitzende



Silke Schneider-Wild
Vorstandsmitglied



Peter Berger
Vorstandsmitglied



Foto: iStock, Peopleimages

Bericht des Aufsichtsrats

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Mitglieder der Sparda-Bank München eG,

der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Über das Ergebnis der Prüfung nach § 53 GenG haben Vorstand und Aufsichtsrat in gemeinsamer Sitzung beraten. Weiter hat der Aufsichtsrat den gesonderten Nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB geprüft.

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres hat der Aufsichtsrat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Geschäftsführung der Sparda-Bank München eG regelmäßig überwacht.

Inhalte der Aufsichtsratsstätigkeit 2022

In den regelmäßigen Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse berichtete der Vorstand über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank, das Risiko- und Liquiditätsmanagement sowie über wichtige Entscheidungen und besondere Ereignisse. Abweichungen der Geschäftsentwicklung von den Plänen wurden uns detailliert erläutert. Darüber hinaus wurden wir ausführlich über die Kapitalmarktsituation und aktuelle Einflüsse im europäischen Zins- und Währungsraum informiert. Die vom Vorstand unterbreiteten Beschlussvorschläge wurden vom Aufsichtsrat intensiv beraten und sorgfältig geprüft. Der Aufsichtsrat nahm hierbei seine Überwachungsfunktion wahr und stand dem Vorstand in einem konstruktiven Dialog beratend zur Seite.

Als Aufsichtsratsvorsitzender stand ich darüber hinaus mit dem Vorstand und insbesondere dem Vorstandsvorsitzenden in regelmäßigem Informations- und Gedankenaustausch; dieser informierte mich über die aktuelle Entwicklung der Geschäfte und die wesentlichen Geschäftsvorfälle. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich über wesentliche Entwicklungen, auch zwischen den Sitzungen.

In gesonderten Strategiesitzungen haben wir zudem die strategische Ausrichtung, die Perspektiven und die künftige Ausrichtung einzelner Geschäftsfelder mit dem Vorstand besprochen. Des Weiteren haben wir unter Einbindung der Geschäftsleitung bei den jeweiligen Beauftragten für Compliance, Geldwäsche und Risikocontrol sowie der Leitung der Internen Revision im Rahmen

der Ausschusssitzungen bzw. bei Jour-fixe-Terminen entsprechende Auskünfte eingeholt.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die

- Geschäfts- und Risikostrategie sowie die strategischen Planungen
- Finanz- und Risikosituation
- IT-Strategie: Wechsel des IT-Providers
- Prüfungs- und Jahresberichte
- Vergütungssysteme
- Tochterunternehmen und Beteiligungen

Der Aufsichtsrat verschaffte sich im Rahmen seiner Tätigkeit einen aktuellen Eindruck von der Entwicklung aller Kernbereiche der Bank und kann daher, losgelöst von den Sonderfaktoren 2022, eine gute Entwicklung und die nachhaltige Zukunftsfähigkeit der Sparda-Bank München eG bestätigen. Die Sonderfaktoren werden hinreichend im Lagebericht gewürdigt.

Der Aufsichtsrat hat von seinem Recht auf Berichterstattung durch den Vorstand und auf bestehende anderweitige Auskunfts- und Informationsrechte nach pflichtgemäßem Ermessen Gebrauch gemacht. Regelmäßig wurde der Aufsichtsrat über die Einhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute informiert. Die Risikoberichte enthielten keine Auffälligkeiten; die eingeräumten Risikobudgets wurden eingehalten.

Im Geschäftsjahr 2022 fanden acht reguläre Aufsichtsratssitzungen (inkl. einer Klausursitzung) sowie vier außerordentliche Sitzungen gemeinsam mit dem Vorstand statt, zusätzlich sieben Aufsichtsratssitzungen ohne Vorstand inkl. einer Klausursitzung ohne Vorstand. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben an mehr als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Die jährliche Prüfung des Aufsichtsrats zur individuellen und kollektiven Eignung haben wir im Jahr 2022 mit positivem Ergebnis durchgeführt. Der Aufsichtsrat hat sich Verhaltensstandards für eine verantwortungsvolle Aufsichtsratsstätigkeit gegeben.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben sich mit der Teilnahme an Seminaren und Weiterbildungsveranstaltungen umfassend fachlich fortgebildet, um den steigenden Anforderungen und laufenden Aufgabenveränderungen gerecht zu werden.

Gemäß KWG hat der Aufsichtsrat eine Genderstrategie zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat entwickelt und entsprechende Ziele festgelegt. Der Aufsichtsrat besteht aktuell aus neun Mitgliedern, davon drei Frauen.

Die Arbeit in den Ausschüssen des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Personal- und Hauptausschuss, einen IT-Ausschuss, einen Ausschuss Risiko- und Gesamtbanksteuerung und seit Juni 2022 einen Gemeinwohl-Ausschuss eingerichtet.

Auch im Geschäftsjahr 2022 unterstützten die Ausschüsse den Aufsichtsrat intensiv und nahmen ihre Entscheidungsbefugnisse gemäß Geschäftsordnung wahr, soweit dies gesetzlich zulässig oder anderenfalls konkret gefordert ist. Über den Inhalt und die Beschlusslagen aus den Sitzungen der Ausschüsse wurde der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen durch die jeweiligen Ausschussvorsitzenden regelmäßig informiert.

Der Personal- und Hauptausschuss des Aufsichtsrats hat im Berichtsjahr insgesamt sechs Sitzungen abgehalten. Themen waren unter anderem personelle Vorstandsangelegenheiten sowie die personellen Veränderungen im Vorstand, Mandatstätigkeiten der Vorstände in anderen Unternehmen, das Vergütungssystem für den Vorstand sowie die Auswertung der durchgeführten Prüfung des Aufsichtsrats und Vorstands zur individuellen und kollektiven Eignung.

Der Prüfungsausschuss widmete sich in sechs Sitzungen den Berichten der Internen Revision, von Compliance und des betrieblichen Datenschutzbeauftragten, der Prüfungsplanung, den Ergebnissen und dem Bearbeitungsstand der Feststellungen aus externen Prüfungen sowie der Jahresabschlussprüfung.

Der Kreditausschuss tagte im Berichtsjahr in insgesamt fünf Sitzungen und hat sich mit diversen fachlichen Kreditthemen beschäftigt sowie die ihm vorgetragenen Kreditanträge teilweise intensiv diskutiert und abschließende Genehmigungen erteilt.

Der Ausschuss Risiko- und Gesamtbanksteuerung widmete sich in vier Sitzungen ausführlich den quartalsweisen Risikoberichten, der Risikotragfähigkeit und der Risikoauslastung und allgemein dem Risikomanagementsystem der Bank. Des Weiteren wurden die Ertragsprog-

nose, die strategische Planung, die Zinsnettoreserven, Veränderungen im Kunden- und Eigenanlagengeschäft, der Sanierungsplan des institutsbezogenen Sicherungssystems sowie Anpassungen in der Risikostrategie erörtert.

Der IT-Ausschuss widmete sich in drei Sitzungen den Auswirkungen der laufenden IT-Transformation und den Verhandlungen zum Wechsel des IT-Providers sowie weiteren IT-Themen.

Der Gemeinwohl-Ausschuss tagte seit seiner Einrichtung im Juni 2022 in zwei Sitzungen und befasste sich mit Themen im Zusammenhang mit der gemeinwohlorientierten Ausrichtung der Sparda-Bank München eG.

Weitere Dialoge und Beratungen zur Überwachungstätigkeit des Aufsichtsrats

Darüber hinaus fanden Austauschtermine des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters mit dem Compliance- und Geldwäschebeauftragten, der Leitung der Internen Revision sowie Vertretern des Projektmanagements statt. Ergänzend zum Ausschuss Risiko- und Gesamtbanksteuerung fand ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Ausschussleiter, der Steuerungsvorständin sowie der Risikocontrolling-Funktion zur Entwicklung der Zinsnettoreserven und der Ertragsprognose statt. Zusätzlich tauschte sich der Aufsichtsrat regelmäßig über aktuelle Themen der Sparda-Bank München eG aus.

Jahresabschluss

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss 2022, der Lagebericht, die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung wurden vom Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, geprüft, als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung stehend befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Hierüber wird in der ordentlichen Vertreterversammlung berichtet.

Dies umfasst auch die für unseren Abschlussprüfer besonders wichtigen Prüfungssachverhalte „Bewertung von Kundenforderungen“, „Aktive latente Steuern“ und „Drohverlustrückstellungen“.

Der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss haben sich umfangreich mit der ordnungsgemäßen Rechnungs-

legung befasst. Es fand ein ausführliches Eröffnungsgespräch zwischen Prüfungsleiter, dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses statt. Die Prüfungsschwerpunkte des Abschlussprüfers wurden dabei erörtert. Der Aufsichtsrat hat sich von der Unabhängigkeit und von der Einhaltung des Verbots unzulässiger Nichtprüfungsleistungen durch den Abschlussprüfer überzeugt. Es bestehen angemessene Prozesse und Maßnahmen zur Qualitätssicherung und es erfolgt regelmäßig eine externe Qualitätskontrolle (Peer Review).

Der Abschlussprüfer hat in einer gemeinsamen Schluss-sitzung von Vorstand und Aufsichtsrat am 05. Mai 2023 über die wesentlichen Prüfungsergebnisse berichtet (§ 57 Abs. 4 GenG). Der Prüfer stand für Auskünfte zur Verfügung.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat den Prüfungsbericht rechtzeitig erhalten und zur Kenntnis genommen (§ 58 Abs. 3 GenG). Der fachlich dafür zuständige Prüfungsausschuss hat sich mit dem Prüfungsbericht kritisch auseinandergesetzt und über die Prüfungsergebnisse unter Einbeziehung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte umfassend beraten (§ 58 Abs. 4 GenG).

Der Prüfungsausschuss hat dem Aufsichtsrat empfohlen, dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer zuzustimmen. Nach seiner Beurteilung sind keine Einwendungen gegen den Vorschlag des Vorstandes zu erheben, den Jahresabschluss sowie den Lagebericht und den Nichtfinanziellen Bericht zu billigen und sich dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Jahresergebnisses anzuschließen.

Der Aufsichtsrat hat nach umfassender Beratung keine Einwände gegen das Prüfungsergebnis erhoben. Er hat den aufgestellten Jahresabschluss nebst Lagebericht der Bank sowie den gesonderten Nichtfinanziellen Bericht nach § 289b HGB für das Berichtsjahr geprüft und gebilligt. Das zusammengefasste Prüfungsergebnis wird der Vertreterversammlung bekannt gegeben.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, die vorgeschlagene Verwendung des Jahresergebnisses zu beschließen.

Verhaltenskodex der Sparda-Bank München eG

Die Sparda-Bank München eG hat bereits bei ihrer Gründung am 10. Oktober 1930 durch die Rechtsform der Genossenschaft eine klare Position zum nachhaltigen Wirtschaften eingenommen. Für alle Mitarbeitenden der Sparda-Bank München eG ist faires und ehrliches Wirtschaften heute und in Zukunft eine ethische Maxime und echte Herzensangelegenheit.

Die Sparda-Bank München eG will ein positives Beispiel für eine am Gemeinwohl orientierte Art des Wirtschaftens sein und ist die erste Bank in Deutschland, die regelmäßig eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt und veröffentlicht.

Vorstand und Aufsichtsrat der Sparda-Bank München eG haben sich daher zur Einhaltung eines gemeinsamen Verhaltenskodex verpflichtet, der unser Handeln in dieser Weise bestimmt.

Veränderungen im Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat hat in seiner konstituierenden Sitzung am 30. Juni 2022 Herrn Berthold Ottmann als Vorsitzenden sowie Herrn Kurt Dobrauer als stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden bestätigt.

In diesem Jahr scheidet turnusgemäß Herr Berthold Ottmann und Herr Thorsten Weinert aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl von ausscheidenden Mitgliedern ist gemäß § 24 Abs. 3 der Satzung zulässig.

Am 06. Juli 2022 ist Herr Hermann Busch nach 16-jähriger Zugehörigkeit im Vorstand aus gesundheitlichen Gründen auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand ausgeschieden. Im Rahmen seiner Verantwortung für das Ressort „Produktion und Revision“, vorher auch „Personal, Compliance und Infrastruktur“, hat Herr Busch unter anderem auch die Wahlen in die Vertreterversammlung begleitet.

Der Aufsichtsrat dankt Herrn Busch für sein erfolgreiches und prägendes Wirken im Vorstand der Sparda-Bank München eG.

Mit Wirkung zum 01. Oktober 2022 wurde Herr Peter Berger nach Ausübung seiner bisherigen Funktion als Generalbevollmächtigter zum Vorstand bestellt und hat als Nachfolger von Herrn Busch die Verantwortung für die Bereiche Produktion und Revision übernommen.

Der Aufsichtsrat unterstützt aktiv die Positionierung zum Gemeinwohl und damit die Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung und der Unternehmenskultur der Sparda-Bank München eG auf allen Ebenen. Dies ist eine wertvolle Basis für die Herausforderungen der Zukunft. Durch ihr konsequentes Voranschreiten hierbei wird die Bank ihre Zukunftsfähigkeit sichern.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank, den Arbeitnehmervertretungen, den Tochterunternehmen und dem gesamten Vorstand für ihre erfolgreiche Arbeit und ihr vorbildliches Engagement.

Eine besondere Danksagung gebührt den Vertretern und Mitgliedern, Kunden und Geschäftspartnern für das der Bank entgegengebrachte Vertrauen und ihre Treue.

Der Aufsichtsrat

München, im Juni 2023

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats
Berthold Ottmann

1. Jahresbilanz zum 31.12.2022

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr
				EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			38 656 150,57		429 709
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank	92 754 813,66		92 754 813,66		441 056 (441 056)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	131 410 964,23	–
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatz- anweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–		–		– (–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			1 250 103 077,80		45 022
b) andere Forderungen			2 072 484 498,66	3 322 587 576,46	2 209 985
4. Forderungen an Kunden darunter: durch Grundpfandrechte gesichert Kommunalkredite	4 338 530 874,77 280 722,22			5 405 793 869,68	5 377 792 (4 315 252) (–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–	–	–		– (–)
ab) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–	–	–		– (–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2 406 192,27	2 406 192,27			2 415 (2 415)
bb) von anderen Emittenten darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	94 811 336,76	146 262 780,46	148 668 972,73		155 275 (95 316)
c) eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag	–		–	148 668 972,73	– (–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				265 001 907,15	225 000
6a. Handelsbestand				–	–

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr
				EUR	TEUR
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen darunter: an Kreditinstituten an Finanzdienstleistungsinstituten an Wertpapierinstituten	– – –		47 996 811,88	–	50 213 (–) (–) (–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften darunter: bei Kreditgenossenschaften bei Finanzdienstleistungsinstituten bei Wertpapierinstituten	2 280 092,00 – –		2 286 352,00	50 283 163,88	2 286 (2 280) (–) (–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen darunter: an Kreditinstituten an Finanzdienstleistungsinstituten an Wertpapierinstituten	– – –			24 740 539,67	27 751 (–) (–) (–)
9. Treuhandvermögen darunter: Treuhandkredite	–			–	– (–)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				–	–
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–		–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			888 301,00		932
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–	888 301,00	–
12. Sachanlagen				32 125 568,87	32 551
13. Sonstige Vermögensgegenstände				24 792 466,33	20 750
14. Rechnungsabgrenzungsposten				8 726 250,66	8 768
15. Aktive latente Steuern				21 144 431,00	–
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				–	–
Summe der Aktiva				9 436 164 011,66	9 029 505

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr
				EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			70 980 000,00		1 810
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			209 824 834,31	280 804 834,31	200 991
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1 484 955 622,72			1 745 802
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		2 520,89	1 484 958 143,61		8
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		6 561 904 962,76			6 390 948
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		338 440 032,87	6 900 344 995,63	8 385 303 139,24	22 148
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			–	–	–
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten darunter: Geldmarktpapiere eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	–		–	–	(–)
	–				(–)
3a. Handelsbestand				–	–
4. Treuhandverbindlichkeiten darunter: Treuhandkredite	–			–	–
					(–)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				6 057 635,04	3 067
6. Rechnungsabgrenzungsposten				150 827,02	801
6a. Passive latente Steuern				–	–
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			40 835 256,00		39 888
b) Steuerrückstellungen			86 336,19		1 093
c) andere Rückstellungen			85 437 794,96	126 359 387,15	21 312
8.				–	–
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				56 169 532,69	31 718
10. Genusssrechtskapital darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–			–	–
					(–)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	–			85 000 000,00	85 000
					(–)

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr
				EUR	TEUR
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			220 401 064,00		209 649
b) Kapitalrücklage			–		–
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		69 307 388,05			69 000
cb) andere Ergebnisrücklagen		204 010 033,50			203 196
cc) –			273 317 421,55		–
d) Bilanzgewinn			2 600 170,66	496 318 656,21	3 074
Summe der Passiva				9 436 164 011,66	9 029 505

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr
				EUR	TEUR
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1 664 832,06		2 099
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–	1 664 832,06	–
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen darunter; Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften			289 996 112,55	289 996 112,55	477 922
	–				(–)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		118 335 216,73			107 338
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		950 603,89	119 285 820,62		425
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	101 291,51				(2 747)
2. Zinsaufwendungen			-18 654 851,01	100 630 969,61	-21 591
darunter: erhaltene negative Zinsen	2 960 574,36				(225)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			-		4 502
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			1 282 848,38		1 575
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			29 000 000,00	30 282 848,38	8 000
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			41 584 329,61		34 454
6. Provisionsaufwendungen			-7 398 639,75	34 185 689,86	-9 120
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				7 145 930,85	3 133
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-37 508 785,16			-39 173
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-7 561 647,15	-45 070 432,31		-7 756 (-943)
darunter: für Altersversorgung	-931 494,88				
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-59 204 110,40	-104 274 542,71	-59 387
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-2 207 246,33	-2 155
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-4 221 126,12	-6 329
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-1 291 530,69			(-3 636)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-65 716 384,45		-4 256
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-	-65 716 384,45	-
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-8 174 976,35		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-	-8 174 976,35	753

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr
				EUR	TEUR
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				-12 348 837,26	10 413
20. Außerordentliche Erträge			-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-		-2 320
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-2 320)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag darunter: Ertrag aus latenten Steuern		21 144 431,00	15 010 397,75		-4 899 (-)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-61 389,83	14 949 007,92	-120
24a.				-	-
25. Jahresüberschuss				2 600 170,66	3 074
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				2 600 170,66	3 074
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				2 600 170,66	3 074
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
				2 600 170,66	3 074
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				2 600 170,66	3 074

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

- Die Sparda-Bank München eG, München, ist beim Amtsgericht München unter der Genossenschaftsregister-Nummer 1304 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

- Die in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung angegebenen Vorjahresbeträge sind bei nachstehenden Posten aus folgenden Gründen nicht vergleichbar:

Aufgrund der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB erstmaligen Aktivierung des latenten Steuerüberhangs sind die unter der Aktivaposition „Aktive latente Steuern“ ausgewiesenen Werte nicht mit den Vorjahreswerten vergleichbar.

Die unter der Position „Zinserträge“ in der Gewinn- und Verlustrechnung angegebenen Vorjahresbeträge unter Zinserträge sind aufgrund der vorzeitigen Veräußerung einer Swaption nicht vergleichbar. Wir verweisen hierzu auch auf Abschnitt D.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Die Zuführung zur Drohverlustrückstellung, im Zusammenhang mit der verlustfreien Bewertung des Zinsbuchs (IDW RS BFA 3), wurde unter der Gewinn- und Verlustposition „Abschreibungen

und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ ausgewiesen.

- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt; sofern von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres abgewichen wurde, wird dies bei den entsprechenden Posten sowie zusammengefasst nochmals am Ende des Abschnitts B unter „Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ dargestellt.

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennwert und dem Auszahlungsbetrag/Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst wurde.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird über die Laufzeit aufgelöst.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

- Den latenten Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt zum 31. Dezember 2022 erstmalig über ein Expected-Credit-Loss-Modell, bei dem ein erwarteter Verlust über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ermittelt wird. Die Berechnung des erwarteten Verlusts erfolgt unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt für alle unter den Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesenen Geschäfte, sowie für unter

der Bilanz auszuweisenden anderen Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen). Im Hinblick auf unwiderrufliche Kreditzusagen erfolgt die bilanzielle Erfassung in Form einer Rückstellung. Näheres vgl. bei den Erläuterungen im Abschnitt „Änderungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Im Geschäftsjahr erfolgten Umwidmungen von der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen. Gegenüber dem Vorjahr wurden die Wertpapiere, die bereits wie Anlagevermögen behandelt wurden, nicht mehr mit dem strengen Niederstwertprinzip, sondern mit dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Zu den dadurch vermiedenen Abschreibungen verweisen wir auf Abschnitt D.

Strukturierte Finanzinstrumente

Die als strukturierte Produkte bezeichneten Vermögensgegenstände werden, soweit sie lediglich ein Zinsänderungs- und Emittentenrisiko enthalten, als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert und bewertet.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert und bewertet.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Software wurde unter der Bilanzposition immaterielle Anlagewerte ausgewiesen.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten mit dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Aufwendungen für Cap- und Swaptionprämien und Agien für Schuldscheindarlehen enthalten, die planmäßig über die Laufzeit aufgelöst werden. Ferner sind hier Abgrenzungen für Sachaufwendungen enthalten.

Latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden sowie Beteiligungen, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute, Wertpapiere, Anteile an verbundene Unternehmen, Sonstigen Vermögensgegenstände und Rückstellungen gegenüberstehen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB angesetzt wurde.

Der Berechnung der Latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 31,9 % zugrunde gelegt.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger und anteiliger Zinsen.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge enthalten, die bei Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig auf die Laufzeit der Forderungen verteilt.

Ferner sind hier Floorprämien enthalten, die über die Laufzeit aufgelöst werden.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung sowie Zuschlägen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Pensions- und Jubiläumsrückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Die Rückstellungen aus Altersteilzeit-Vereinbarungen wurden in Höhe des versicherungsmathematischen Barwerts bemessen. Als Lohn- und Gehaltstrend für die Pensionsrückstellungen wurden, sofern relevant, 2,5 Prozent angenommen. Zukünftige Rentenanpassungen werden allgemein in Höhe von 2,0 Prozent bzw. mit der vertraglich garantierten Anpassung von 1,0 Prozent in die Bewertung einbezogen. Als Lohn- und Gehaltstrend für Altersteilzeitrückstellungen wurden, soweit relevant, 2,0 Prozent angenommen. Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 1,79 Prozent (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des per Oktober 2022 prognostizierten Zinssatzes der Deutschen Bundesbank). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 2 299 966 EUR.

Zur Umsetzung der Vorgaben des IDW Rechnungslegungshinweises IDW RH FAB 1.021 zur handelsrechtlichen Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus rückgedeckten Direktzusagen wurde die im entsprechenden Ergebnisbericht des Fachausschusses Altersversorgung der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. dargestellte Vorgehensweise berücksichtigt.

Soweit hinsichtlich der finanzierten Versicherungsleistungen und der erdienten Versorgungsleistungen zum Stichtag Leistungskongruenz besteht, wurde bei der Bewertung der Zusagen der Verpflichtungswert in Höhe des Buchwerts des korrespondierenden Rückdeckungsversicherungsanspruchs angesetzt („Aktivprimat“). Für die Ermittlung des anzusetzenden Aktivwertes wurden die Ansprüche aus den Rückdeckungsversicherungen mittels des im genannten DAV-Ergebnis dargestellten Deckungskapitalverfahrens bewertet. Es handelt sich dabei um ein

faktorbasiertes Bewertungsverfahren, welches gemäß Ergebnisbericht dem im IDW-Hinweis geforderten zahlungsstrombasierten Bewertungsverfahren gleichgestellt werden kann. Die dafür notwendigen Parameter wurden vom Rückdeckungsversicherer zur Verfügung gestellt.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 1 988 488 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 1 806 972 EUR. Dies entspricht dem beizulegenden Zeitwert der zu verrechnenden Verbindlichkeiten. Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit den aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträgen (Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) in Höhe von 13 104 EUR verrechnet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

- **Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs**

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n. F.) verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebene positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember war erstmals eine Rückstellung zu bilden. Wir verweisen hierzu auch auf Abschnitt D.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme ausläuft. Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2022 in Höhe von 289 996 TEUR betreffen im Wesentlichen Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips bewertet. Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Bei erworbenen Swaptions wird die gezahlte Prämie grundsätzlich bis zur Fälligkeit gehalten und erst am Ende der Laufzeit ergebniswirksam gebucht.

Bei Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurde die gezahlte Prämie über die Laufzeit verteilt, sofern diese der Absicherung von Zinsänderungsrisiken dienen.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die latenten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft wurden erstmals Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen auf Basis der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 7 gebildet. Die Änderungen haben sich nicht unwesentlich auf das Jahresergebnis ausgewirkt. Die Änderungen führten zu einer Erhöhung der Pauschalwertberichtigung um 2 058 250 EUR. Der Aufwand wurde in der Position „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Berechnung des Vorjahres war an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode angelehnt. Es wurden dabei die Kreditausfälle für einen Zeitraum von zehn Jahren betrachtet und der pauschale Abschlag von 40 Prozent auf 10 Prozent vermindert.

Die erstmalige teilweise kongruente Bewertung nach IDW RH FAB 1.021 von Pensionsrückstellungen und Ansprüchen aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen hatte keine ergebniswirksame Auswirkung.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	3 361 344	87 445	-	a) - b) -	3 448 789	888 301	932 058
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	33 785 193	283 397	-	a) - b) -	34 068 590	26 758 782	26 989 634
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	38 359 160	1 419 434	-	a) 2 433 163 b) -	37 345 431	5 366 786	5 561 664
a	75 505 697	1 790 276	-	a) 2 433 163 b) -	74 862 810	33 013 869	33 483 356

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	(+) EUR	(-) EUR	(+/-) EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	2 429 286	-	-	-	131 202	-	2 560 488
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	6 795 559	-	-	-	514 248	-	7 309 807
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	32 797 496	-	2 380 647	-	1 561 796	-	31 978 645
a	42 022 341	-	2 380 647	-	2 207 246	-	41 848 940

	Anschaffungskosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Schuldscheinanleihen/Namenspapiere	2 105 000 000	- 130 000 000	1 975 000 000
Wertpapiere des Anlagevermögens	1 400 000	49 378 631	50 778 631
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	53 379 887	- 3 096 723	50 283 164
Anteile an verbundenen Unternehmen	28 346 383	- 3 605 843	24 740 540
b	2 188 126 270	- 87 323 935	2 100 802 335
Summe a und b	2 263 631 967		2 133 816 204

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 2 758 216 796 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	90 614 604	214 980 275	844 944 111	864 914 523
Forderungen an Kunden (A 4)	100 833 067	228 574 533	1 089 007 216	3 962 548 363

In den Forderungen an Kunden sind 24 830 691 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 10 366 060 EUR fällig.

In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	125 400 162	200 363 751
	Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	44 000 000	17 000 675

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) von mehr als 10 % (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Wertsicherung	265 001 907	265 001 907	–	–	Ja

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	EUR	Jahr
a) Sparda ImmoFin-GmbH i.L., Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2022	94 157	2022	-10 743
b) NaturTalent Stiftung gGmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2022	748 582	2022	31 188
c) NaturTalent Beratung GmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2022	407 233	2022	115 554
d) Sparda München Verwaltungs GmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2022	423 152	2022	3 763
e) Sparda München Arnulf I GmbH & Co.KG, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2022	26 279 802	2022	1 226 862
f) Sparda München Arnulf II GmbH & Co.KG, Arnulfstr. 15, 80335 München	100,00	2022	70 693 085	2022	1 708 182
g) LENA Nachhaltigkeits GmbH, Arnulfstr. 15, 80335 München	83,33	2021	2 026 654	2021	-1 768 554

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) SUMMACOM GmbH & Co. KG, Kastanienweg 11-13, 66386 St. Ingbert	12,15	2021	4 673 159	2021	409 692
b) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Heilbronner Str. 41, 70191 Stuttgart	0,71	2022	3 209 878 565	2022	96 590 278
c) Wealthcap Spezial AIF 4 GmbH & Co. geschlossene Investment KG, Am Tucherpark 3, 80538 München	9,87	2021	241 389 348	2021	7 798 196
d) COMECO GmbH & Co. KG, Rotebühlplatz 8, 70713 Stuttgart	11,41	2021	5 792 067	2021	-12 974 427
e) Sopra Financial Technology GmbH, Frankenstr. 146, 90461 Nürnberg	7,28	2021	21 533 896	2021	-11 642 323

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsen-fähig	börsen-notiert	nicht börsen-notiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	148 668 973	142 526 885	6 142 088	50 825 481

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 50 825 481 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 43 051 508 EUR. Durch die Umwidmung eines Wertpapiers von der Liquiditätsreserve ins Anlagevermögen und die Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip konnten Abschreibungen in Höhe von 7 773 973 EUR vermieden werden. Es handelt sich um rein zinsinduzierte Marktwertveränderungen, die nicht als dauerhaft betrachtet werden.

In den Sachanlagen sind enthalten: _____ EUR

- Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten 25 772 142
- Betriebs- und Geschäftsausstattung 5 366 786

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten: _____ EUR

- Steuererstattungsansprüche 15 662 380
- Provisionsforderungen an Union Investment 5 664 120

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind 2 903 720 EUR Agiobeträge auf Forderungen (Vorjahr: 1 502 053 EUR) enthalten.

Des Weiteren sind Prämien für Swaptions und Caps in Höhe von 3 884 201 EUR und Abgrenzungsposten auf Sachaufwand in Höhe von 1 938 330 EUR enthalten.

In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (5bb)	1 383 631	1 383 631

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 269 038 272 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	17 404 771	19 673 509	42 800 182	129 946 372
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	2 521	–	–	–
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	100 509 293	39 284 000	198 646 740	–

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	_____ EUR
Steuerverbindlichkeiten aus der Betriebsprüfung	<u>2 345 639</u>
Verbindlichkeiten aus offenen Rechnungen	<u>1 472 142</u>
Abführung Kapitalertragsteuer	<u>615 611</u>
Abführung Lohn- und Kirchensteuer	<u>489 963</u>

- Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagio-beträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 100 776 EUR (Vorjahr: 141 201 EUR) enthalten.

Ferner sind hier erhaltene Prämien für Floors in Höhe von 50 051 EUR enthalten.

- In den Rückstellungen ist eine Drohverlustrückstellung aus der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs in Höhe von 67 392 154 EUR enthalten. Der Ausweis der entsprechenden Aufwendungen für die Drohverlustrückstellung erfolgte unter der Gewinn- und Verlustposition „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“.
- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten: Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 542 858 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
Termingeld mit Nachrangabrede	11 926 000	EUR	3,00	31.12.2027
Termingeld mit Nachrangabrede	31 668 533	EUR	1,25	31.12.2028
Termingeld mit Nachrangabrede	8 665 000	EUR	1,25	31.12.2029
Termingeld mit Nachrangabrede	3 360 000	EUR	2,50	31.12.2029
Termingeld mit Nachrangabrede	550 000	EUR	3,00	31.12.2029

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich. Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens fünf Jahre. Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als Eigenmittel gemäß Art. 63 CRR.

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 872 685	4 208 044

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	211 977 480
b) der ausscheidenden Mitglieder	7 637 240
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	786 344
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR _____ =

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 1. Januar 2022	69 000 000	203 195 723
Einstellungen - aus Bilanzgewinn des Vorjahres	307 388	814 311
Stand 31. Dezember 2022	69 307 388	204 010 034

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden.

	_____ EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 1,000 %	<u>2 091 757,05</u>
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	<u>265 000,00</u>
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	<u>243 413,61</u>
Insgesamt	<u>2 600 170,66</u>

- Ausschüttungsgesperrte Beträge bestanden zum 31. Dezember 2022

Der Gesamtbetrag der Beträge im Sinne des § 268 Abs. 8 HGB (Ausschüttungssperre) gliedert sich wie folgt:

	EUR
Aktivierung latenter Steuern	
(Überhang aktiver latenter Steuern)	<u>21.144.431</u>

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag liegt bei 2.299.966 EUR.

- Die nachfolgende Tabelle weist für jede Art von Grundgeschäften das Volumen der in Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte – jeweils aufgliedert nach Risikoarten und Arten von Bewertungseinheiten – aus.

Grundgeschäfte		Micro-Hedges	Portfolio-Hedges	Macro-Hedges	Summe
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Vermögensgegenstände	abgesichertes Risiko				
Abgesichertes Risiko					
Forderungen aus Schuldscheindarlehen	Zinsrisiko	55 000 000	–	–	55 000 000
Summe Vermögensgegenstände		55 000 000	–	–	55 000 000

Bei den gebildeten Bewertungseinheiten handelt es sich um nahezu perfekte Micro-Hedges. Zur Messung der Wirksamkeit wird daher die „Critical Term Match-Methode“ angewandt. Grund- und Sicherungsgeschäfte stimmen jeweils in allen wesentlichen bewertungsrelevanten Geschäftsmerkmalen überein. Somit kann keine wesentliche Ineffektivität bis zur Fälligkeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte vorliegen. Auf eine rechnerische Ermittlung der retrospektiven Effektivität zum 31. Dezember 2022 kann somit verzichtet werden.

Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente Nicht-handelsbestand

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Zinsswaps in Höhe von 2.342,0 Millionen EUR, Swaptions in Höhe von 10,0 Millionen EUR, Floors in Höhe von 55,0 Millionen EUR und Caps in Höhe von 100,0 Millionen EUR. Die Termingeschäfte wurden im Wesentlichen zur Absicherung eigener Geschäftspositionen als Cash-Flow-Hedges und zur Absicherung von Schuldscheindarlehen als Micro-Hedges sowie im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements abgeschlossen. Sie dienen insbesondere zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos.

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nicht-handelsbestands

In der nachfolgenden Tabelle sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nicht-handelsbestands, einschließlich der in Bewertungseinheiten einbezogenen Derivate, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge dargestellt.

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit			Summe	Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	<= 1 Jahr	> 1–5 Jahre	> 5 Jahre			
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte Zins-Swaps (gleiche Währung)	35,0	1270,0	1037,0	2342,0	78,7	-26,6
Zinsoptionen – Käufe	55,0	–	–	55,0	–	-0,2
Zinsoptionen – Verkäufe	35,0	–	75,0	110,0	14,0	–

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Der theoretische Marktwert der Zinsoptionen wird mit Hilfe der Black-Formel für europäische Zinsoptionen gerechnet. In das Bewertungsmodell fließen Marktzinssätze sowie handelsübliche Volatilitäten ein.

Bei Optionen erfolgte die Berechnung „Beizulegender Zeitwert“ anhand anerkannter Optionspreismodelle. Danach bestimmt sich der Wert der Optionen insbesondere nach dem Wert des zugrundelegenden Basisobjekts und dessen Volatilität, dem vereinbarten Basispreis, Basiszinssatz oder Basisindex, dem risikolosen fristenadäquaten Zinssatz sowie der Restlaufzeit des Kontrakts.

Für Zinsbegrenzungsvereinbarungen im Volumen von 155.000.000 EUR stehen Optionsprämien in Höhe von 3.502.440 EUR (Aktiva 14) und 50.051 EUR (Passiva 06) zu Buche.

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
Derivate	Stellung von Barsicherheiten	70.980.000

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 101 292 EUR (Vorjahr: 2 747 201 EUR) negative Zinsen für Sicherheitengestellung bei Derivategeschäften (Collateralzinsen) und für Guthaben bei der genossenschaftlichen Zentralbank enthalten. Zinserträge in Höhe von 7 388 500 EUR resultieren aus der vorzeitigen Veräußerung einer Swaption.

In den Zinsaufwendungen sind negative Zinsen für Kundeneinlagen, Termingeldaufnahmen bei Kreditinstituten und Sicherheitenerhalt (Collateralzinsen) enthalten. Diese belaufen sich auf 2 960 574 EUR (Vorjahr: 224 997 EUR).

Von der Tochtergesellschaft Sparda München Arnulf I GmbH & Co. KG wurden 29 000 000 EUR an die Bank ausgeschüttet.

Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden erbracht:

- für Zahlungsverkehr
- für Vermittlung von Investments (Union Investment)
- für Vermittlung von Krediten (easyCredit)

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	<u>EUR</u>
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	<u>4 312 979</u>
Mieterträge	<u>791 909</u>
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>EUR</u>
Abzinsung für Pensionsrückstellungen	<u>1 252 122</u>
Abschreibungen auf nicht aus dem Bankgeschäft resultierenden Forderungen	<u>1 486 486</u>

E. Sonstige Angaben

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 1 904 600 EUR, des Aufsichtsrats auf 215 799 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene auf 580 171 EUR.

- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2022 Pensionsrückstellungen in Höhe von 13 881 994 EUR.

- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	<u>EUR</u>
Mitglieder des Vorstands	<u>305</u>
Mitglieder des Aufsichtsrats	<u>677 609</u>

Geschäfte mit nahe stehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

- Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 11 982 532 EUR.

- Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- Die Zahl der im Jahr 2022 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	<u>Vollzeitbeschäftigte</u>	<u>Teilzeitbeschäftigte</u>
Kaufmännische Mitarbeiter	360,25	297,50

Außerdem wurden durchschnittlich 21,75 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2022	286 549	3 817 895	-
Zugang 2022	2 161	420 440	-
Abgang 2022	13 105	161 845	-
Ende 2022	275 605	4 076 490	-

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um **EUR 13 446 940**

Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um EUR _____ -

Höhe des Geschäftsanteils EUR 52

Höhe der Haftsumme EUR _____ -

Max. je Mitglied EUR 5 200

- Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda Banken e.V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt

- Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter/ Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Helmut Lind	Aufsichtsrat	DEVK allg. Versicherungs AG

- Mitglieder des Vorstands**

Helmut Lind (Vorsitzender), Vorstandsmitglied
Öffentlichkeitsarbeit, Personal und Strategie

Petra Müller (stellvertretende Vorsitzende),
Vorstandsmitglied Vertrieb

Silke Schneider-Wild, Vorstandsmitglied Steuerung,
Compliance und Organisation

Peter Berger, Vorstandsmitglied Produktion
und Revision seit 01.10.2022

Hermann Busch, Vorstandsmitglied Produktion
und Revision bis 06.07.2022

- Mitglieder des Aufsichtsrats**

Berthold Ottmann (Vorsitzender),
Erster Polizeihauptkommissar a.D.

Kurt Dobrauer (stellv. Vorsitzender),
Angestellter, DB Cargo AG

Norbert Zänkert, Angestellter, DB Cargo AG

Oliver Edelmann, Bankkaufmann,
Sparda-Bank München eG

Brigitte Graf, Bankkauffrau,
Sparda-Bank München eG

Peter Nitschmann, Bankkaufmann,
Sparda-Bank München eG

Sabine Beier, Syndikusrechtsanwältin,
DB Regio AG

Thorsten Weinert, Key-Account-Manager,
DEVK Versicherungen

Bettina Hinterseer (geb. Elfert),
Psychologin M.Sc., SOS-Kinderdorf Ammersee-Lech

München, 09. März 2023
Sparda-Bank München eG

Der Vorstand


Helmut Lind
Vorsitzender


Petra Müller
stellv. Vorsitzende


Silke Schneider-Wild
Vorstandsmitglied


Peter Berger
Vorstandsmitglied



Foto: iStock, Saric

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank München eG, München

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank München eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Im Lagebericht wird auf die Veröffentlichung des gesonderten nichtfinanziellen Berichts nach §§ 289b bis 289e HGB verwiesen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich unsere inhaltliche Prüfung nicht auf diesen gesonderten nichtfinanziellen Bericht.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich auch nicht auf den Inhalt des oben genannten gesonderten nichtfinanziellen Berichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs
3. Erstmaliger Ansatz aktiver latenter Steuern im Jahresabschluss

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 5.406 Mio. EUR. Dies entspricht 57,3 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs

- a) Mit den Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden, den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren auf der Aktivseite (insgesamt 9.142 Mio. EUR bzw. 96,9 % der Bilanzsumme) und den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie den nachrangigen Verbindlichkeiten auf der Passivseite (insgesamt 8.722 Mio. EUR bzw. 92,4 % der Bilanzsumme) gehören wesentliche Teile der Bilanz

sowie die zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate mit einem Nominalwert von 2.507 Mio. EUR zu den Finanzinstrumenten des Bankbuchs bzw. Zinsbuchs der Genossenschaft. Die Finanzinstrumente des Bankbuchs sind im Rahmen einer Gesamtbetrachtung allerzinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. von der Genossenschaft verlustfrei zu bewerten. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem Unterschiedsbetrag die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach verbleibenden Verpflichtungsüberschuss ist eine Drohverlustrückstellung zu bilden, die unter den anderen Rückstellungen auszuweisen ist. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2022 war eine Rückstellung in Höhe von 67,4 Mio. EUR zu bilden. Die Zuführung zur Rückstellung erfolgte in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft. Die im Geschäftsjahr gestiegenen Marktzinsen haben unter anderem auch Auswirkungen auf die Zinsmarge aus den bestehenden Positionen des Bankbuchs und einen diesbezüglich möglichen Verpflichtungsüberschuss. Dem Ansatz und der Bewertung einer Drohverlustrückstellung für einen solchen Verpflichtungsüberschuss liegen in einem hohen Maß Einschätzungen und Annahmen sowie Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter zugrunde. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass wesentliche Annahmen und Parameter nicht sachgerecht berücksichtigt werden bzw. Ermessensspielräume nicht sachgerecht genutzt werden. Daher ist dieser Sachverhalt für den Jahresabschluss und insbesondere für die Ertragslage von entscheidender Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Im Rahmen unserer Prüfung der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs haben wir uns unter anderem mit den bei der Bewertung zugrunde gelegten Annahmen und Parametern sowie der Abgrenzung des Bankbuchs auseinandergesetzt. Schwerpunkt war die Würdigung der Annahmen zur Schätzung der direkt aus den zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs resultierenden Provisionserträgen, der zugrundeliegenden Kostenannahmen, insbesondere im Bereich der Verwaltungskosten, der Risikokosten im Eigen- und Kundengeschäft sowie der zugrundeliegenden Annahmen für Geschäfte mit unbestimmter Zins- bzw. Kapitalbindung. Des Weiteren haben wir die zutreffende Ableitung der laufzeitadäquaten Zinssätze aus Marktdaten nachvollzogen und haben uns von der Kongruenz der verwendeten Methoden, Steuerungsinstrumenten und Parametern zur inter-

nen Risikosteuerung überzeugt.

Das Berechnungsschema der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs haben wir anhand der einfließenden wesentlichen Annahmen und Parameter einschließlich der Diskontierung nachvollzogen und plausibilisiert. Dabei haben wir bestimmte von den gesetzlichen Vertretern angewandte Annahmen und Parameter einer Einzelfallprüfung unterzogen.

- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur verlustfreien Bewertung des Bankbuchs sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Erstmaliger Ansatz aktiver latenter Steuern im Jahresabschluss

- a) Die Genossenschaft hat im Jahresabschluss 2022 erstmalig von dem Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht und aktive latente Steuern im Jahresabschluss angesetzt. Die in der Bilanz im Aktivposten 15 ausgewiesenen aktiven latenten Steuern belaufen sich auf 21,1 Mio. EUR. In dieser Höhe verbesserten sich auch die Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV-Position 23) und damit auch das Ergebnis des Geschäftsjahres 2022. Bei der Ermittlung der latenten Steuern sind nur Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz zu berücksichtigen, die sich in späteren Jahren voraussichtlich ausgleichen werden (zeitliche Abweichungen) und insgesamt zu einer künftigen Steuerbe- bzw. -entlastung führen. Dabei sind alle berücksichtigungsfähigen Abweichungen vollständig in die Berechnung in Form einer Gesamtdifferenzenbetrachtung einzu beziehen. Im Falle eines Aktivüberhangs besteht ein Ansatzwahlrecht in Bezug auf die latenten Steuern. Die Bewertung des ermittelten Überhangbetrages hat mit dem unternehmensindividuellen Steuersatz im Zeitpunkt des zukünftigen Abbaus der Bewertungsdifferenzen zu erfolgen. Bei der Ermittlung der latenten Steuern bestehen in einem höheren Maß Einschätzungen und Annahmen sowie Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter. Diese resultieren insbesondere bei der Beurteilung, ob mit den für die Zukunft zu erwartenden steuerlichen Entlastungen tatsächlich gerechnet werden kann oder ob Erkenntnisse bzw. Tatsachen vorliegen, die dies zweifelhaft erscheinen lassen. Daneben ist die rechnerische Ermittlung der aktivierten latenten Steuern insbesondere im Jahr des erstmaligen Ansatzes mit erhöhten Fehlerrisiken behaftet. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass die latenten Steuern nicht sachgerecht ermittelt wurden. Daher ist die zutreffende Berechnung der latenten Steuern angesichts ihrer Volumina für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns anhand

der von der Genossenschaft zur Verfügung gestellten Gesamtdifferenzenbetrachtung der latenten Steuern davon überzeugt, dass ausschließlich zeitliche Abweichungen aus den unterschiedlichen Bewertungsansätzen aus Handels- und Steuerbilanz berücksichtigt wurden und permanente Differenzen nicht einbezogen wurden. Daneben haben wir die Vollständigkeit der Bewertungsdifferenzen geprüft und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Positionen gerichtet, bei denen typischerweise Sachverhalte auftreten, die zu zeitlichen Differenzen führen. Weiterhin haben wir die Ermittlung des verwendeten unternehmensindividuellen Steuersatzes und dessen sachgerechte Anwendung auf den aktivischen Überhangbetrag der ermittelten latenten Steuern nachvollzogen. Daneben haben wir die Unternehmensplanung der Genossenschaft plausibilisiert und auf dieser Basis nachvollzogen, dass davon auszugehen ist, dass zukünftig ausreichende steuerpflichtige Gewinne zu erwarten sind und somit in Zukunft mit den zu erwartenden steuerlichen Entlastungen aus den aktivierten latenten Steuern tatsächlich gerechnet werden kann. Abschließend haben wir uns von dem sachgerechten Ausweis der aktivierten latenten Steuern im Jahresabschluss überzeugt.

- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung der latenten Steuern sind im Anhang in den Abschnitten „Allgemeine Angaben“ und „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit

dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Uwe Sterz.

Frankfurt am Main, den 05. Mai 2023

Verband der Sparda-Banken e. V.

gez. Uwe Sterz

Wirtschaftsprüfer

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2022

(„Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank München eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als in der Bundesrepublik Deutschland tätige Kreditgenossenschaft. Die Tätigkeit der Sparda-Bank München eG besteht darin, Einlagen von Privatkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank München eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2022 172.245 TEUR.

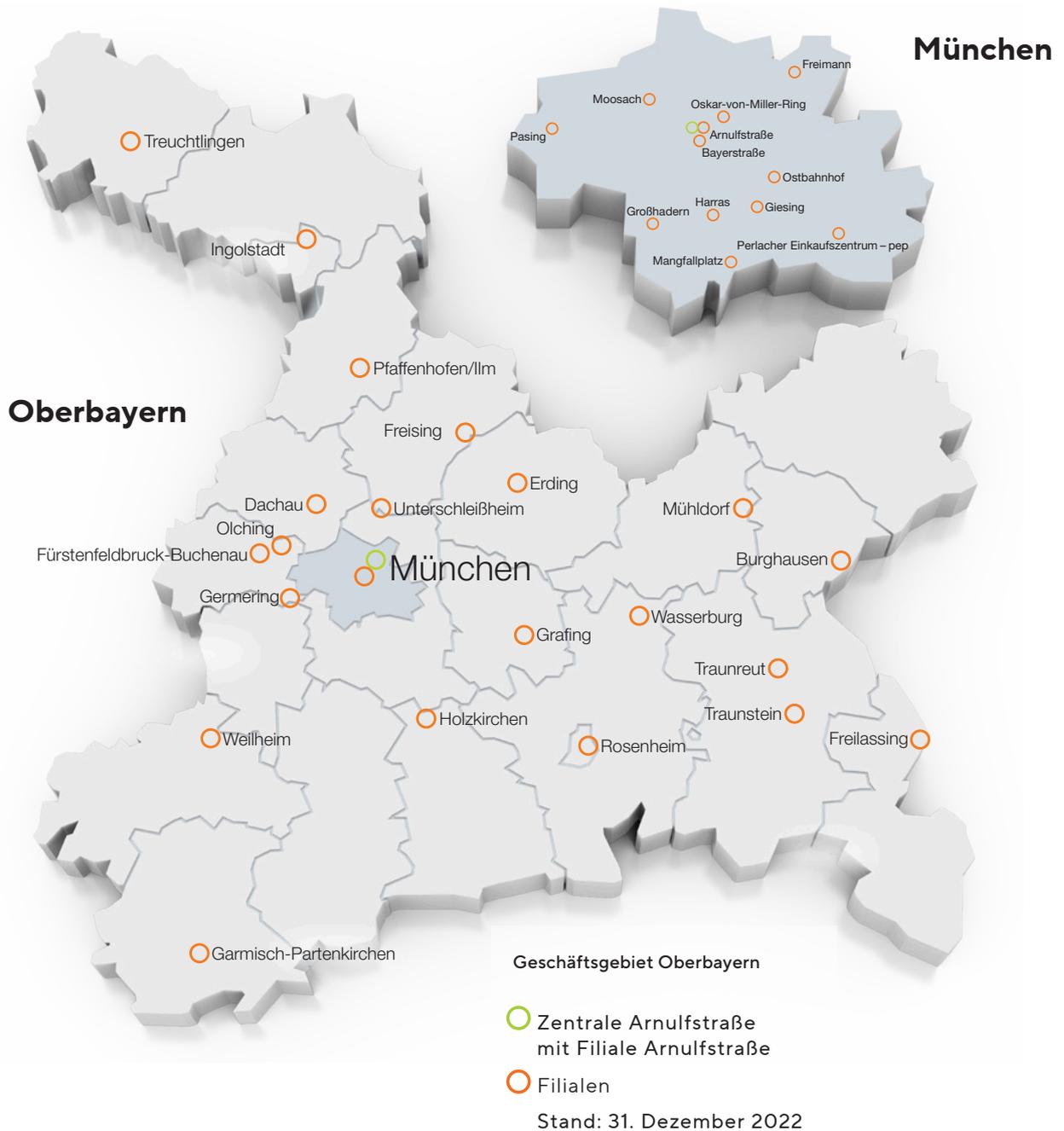
Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeit-äquivalenten zum Jahresende beträgt 558.

Der Verlust vor Steuern beträgt -12.349 TEUR.

Die Steuern auf Verlust betragen -15.010 TEUR und betreffen laufende sowie auch latente Steuern.

Die Sparda-Bank München eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Die Sparda-Bank München vor Ort



Sie sind bei uns immer herzlich willkommen: in Ihrer Filiale, online oder am Telefon!



Zentrale:

Arnulfstraße 15 · 80335 München
Weitere Filialen in München und Oberbayern



E-Mail: info@sparda-m.de



SpardaService-Telefon 24/7:
089 55142-400



Internet: www.sparda-m.de

Digitale Beratung: www.sparda-m.de/video

Alle Adressen und Kontaktdaten zu unseren Filialen in Oberbayern finden Sie unter www.sparda-m.de/filialen.

Impressum

Herausgeber:

Sparda-Bank München eG

Redaktion:

Christine Miedl (V. i. S. d. P.), Marianne Schmid
Unternehmenskommunikation

Adresse:

Arnulfstraße 15, 80335 München
SpardaService-Telefon: 089 55142-400
Telefax: 089 55142-100
E-Mail: presse@sparda-m.de
www.sparda-m.de, www.wirtschaft-fuer-alle.de

**Konzeption, Gestaltung
und Bildbearbeitung:**

siro Production GmbH
Agentur für graphische Produktion
Büchelstraße 5-7, 66538 Neunkirchen
www.siro-production.de

Ausführende Druckerei:

alpha-teamDRUCK GmbH
Haager Straße 9, 81671 München
www.onlinedruckerei-muenchen.de

Der Geschäftsbericht 2022 der Sparda-Bank München eG ist auf 100 Prozent Recyclingpapier, das den Blauen Engel trägt, gedruckt.

Dieser Bericht wurde CO₂-neutral produziert.



Wir unterstützen die Ziele
für nachhaltige Entwicklung
der Vereinten Nationen

Deutschlands erste
GEMEINWOHL-BANK

Sparda-Bank München eG

Sparda-Bank